

AUSGABE 10 · 36. JAHRGANG · 14. WAHLPERIODE · 28.9.2005

### Mietersorgen

Die Wohnungen der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) sollen verkauft werden. Die betroffenen Mieter sorgen sich um ihren Schutz. Die Regierung sagt: Die Zeit für solche Wohnungsriesen ist endgültig vorbei.

### S. 3

### Lehrerlücke

Gibt es in naher Zukunft zu wenig Lehrer? Dem will man rechtzeitig entgegensteuern. Auch das Image des Lehrerberufs soll verbessert werden.

### S. 6

### Weltjugendtag

Den Hügel auf dem Frechener Marienfeld nicht wieder einebnen – dafür hat sich im Plenum eine breite Mehrheit ausgesprochen. Die künstlich angelegte Anhöhe war Ort der großen Abschlussfeier des Papstbesuchs.

### S. 8

### Kontroverse

Die Opposition mahnt die Regierung, in zentralen Politikfeldern ihre Pläne und Konzepte auf den Tisch zu legen. Konter der Koalition: Im Vergleich zu früher ist in den ersten drei Monaten schon viel angepackt worden.

### S. 13

Blätterrauschen und Talkshow-Marathon – die Bundestagswahl hat mit ihrem Ergebnis bei Medien, Politik und Wahlvolk Rätselraten ausgelöst: Was ist mit dem Votum des Souveräns anzufangen, wie ist es in ein Bündnis für eine stabile Regierung umzusetzen? Politiker verhandeln, Wahlforscher grübeln, Journalisten geben ihre Kommentare ab und Demoskopien gehen in sich. Die Wählerinnen und Wähler zwischen Aachen und Bad Oeynhausen, Rheine und Siegen haben zum Ausgang der Bundestagswahl ihren Beitrag geleistet. Den dokumentiert „Landtag intern“ im Inneren des Heftes, nennt alle aus NRW gewählten Bundestagsabgeordneten und schaut in einigen regionalen Zeitungen nach, welches Echo der Wahlgang in NRW ausgelöst hat (Seiten 9 bis 12).

Montage: Schälte

### Leselust

Der Landtag bietet immer wieder das Forum für interessante, informative und lehrreiche Ausstellungen. In den nächsten Wochen steht ein Medium im Mittelpunkt, das gut und gerne 400 Jahre auf dem Buckel hat: Die gedruckte Zeitung. Vor allem für junge Menschen von heute ist dies eine Reise in die Vergangenheit und zu einer Kommunikationsform, die ihnen im Zeitalter der Elektronik antiquiert und überholt erscheinen mag. Aber langsam: Zeitungen und Zeitschriften leisten einen wichtigen Beitrag zur Meinungsbildung. Das gedruckte Wort haftet eher als die Nachricht, die über den Bildschirm huscht. Im November heißt es im Landtag: „Lust auf Zeitung!“ (Seite 19).

**Wahl-Wahnsinn! Beide erklären sich zum Sieger**

**Wir sind Kanzler**

**Und jetzt?**

**Wahl ohne Entscheidung**

CDU/CSU	35,2	SPD	34,2	FDP	9,8	DIE LINKE	8,7
---------	------	-----	------	-----	-----	-----------	-----

**Merkel und Schröder: Trotz Verlusten wollen beide Kanzler werden**

**Schwarz-Gelb ohne Mehrheit: Große Koalition im Gespräch**

**Kanzler-KRIEG!**

**Merkel will Regierung bilden - Schröder auch**

**Merkel enttäuscht Schröder will bleiben**

# Inhalt

<b>Inhalt/Editorial</b>	<b>2</b>
<b>Verkaufspläne beunruhigen Mieter</b>	<b>3</b>
<i>Koalition plant Privatisierung der LEG-Wohnungen</i>	
<b>Standorte und Förderung auf dem Prüfstand</b>	<b>4</b>
<i>Debatte über Windenergie</i>	
<b>Kohle, Klima, Kernkraft</b>	<b>5</b>
<i>Aktuelle Stunde vor dem Hintergrund hoher Benzinpreise</i>	
<b>Gemeinsames Ringen um mehr Lehrer</b>	<b>6</b>
<i>Angehende Pädagogen sollen näher am Bedarf ausgebildet werden</i>	
<b>Aus für kostenloses Studium in NRW</b>	<b>7</b>
<i>Koalition und Opposition streiten um Sinn und Folgen von Gebühren</i>	
<b>Der Kurs wird fortgesetzt</b>	<b>8</b>
<i>SPD: Landesregierung soll weiter Selbstständigkeit der Schulen fördern</i>	
<i>Zukunft des Weltjugendtagshügels</i>	8
<b>Starkes Land, starke Fraktion</b>	<b>9</b>
<i>Nordrhein-Westfalen hat für den Bundestag gewählt</i>	
<b>In NRW gewählte Bundestagsabgeordnete</b>	<b>10 – 11</b>
<b>Rolle rückwärts nach vier Monaten</b>	<b>12</b>
<i>Nach der Landtagswahl hat der Wähler die Karten neu gemischt</i>	
<b>SPD fragt nach der Peilung</b>	<b>13</b>
<i>Opposition will von Regierung Klarheit über Pläne und Handeln</i>	
<b>„Schnellschüsse wird es nicht geben!“</b>	<b>14</b>
<i>Aussprache über Pläne des Innenministers im Bereich Kommunalpolitik</i>	
<b>Der Minister will kämpfen</b>	<b>15</b>
<i>Armin Laschet (CDU) stellte die Perspektiven seiner Politik dar</i>	
<b>Aktuelles aus den Ausschüssen</b>	<b>16</b>
<b>Schattenhaushalte, Schlaglöcher und stille Reserven</b>	<b>17</b>
<i>Finanzausschuss diskutiert über Nachtragshaushalt</i>	
<i>Günther Einert wird 75</i>	17
<b>Aus den Fraktionen</b>	<b>18</b>
<b>Porträt der Woche: Angela Freimuth (FDP)</b>	<b>19</b>
<i>„Lust auf Zeitung!“</i>	19
<i>Impressum</i>	19
<b>Geburtstage und Personalien</b>	<b>20</b>

## Mangelware Jungwähler

Die verkürzte Wahlperiode trifft jeden – auch die Erstwähler. Deren Zahl nimmt ab. Genauso ihre Wahlbeteiligung. 2,6 Millionen Jugendliche durften bei der Bundestagswahl zum ersten Mal ihre Stimme abgeben. Bundesweit waren das etwa vier Prozent der insgesamt 61,9 Millionen Wahlberechtigten. Eine Analyse für NRW, wie die jungen Frauen und Männer gestimmt haben, wird es laut Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik erst in drei bis vier Monaten geben. Doch an dem Trend der vergangenen Jahre scheint sich nicht soviel geändert zu haben: Begeisterte Urnengänger sind die Jungwähler nicht.

Alle Parteien sind sich einig: Sie wollen die Wahlbeteiligung der Jugendlichen steigern. Doch niemand weiß so genau wie? Laut Shell-Studie haben Parteien im Gegensatz zu überparteilichen Gruppen wie Menschenrechtsorganisationen einen schlechten Ruf. Sie würden als „in sich abgekapselt“ betrachtet, sagt Klaus Hurrelmann, Professor für Sozialwissenschaften an der Universität Bielefeld. Er leitete die Shell-Studie 2002.

### TRANSPARENZ

„Meine Stimme ist sowieso nicht wichtig.“ Dieses Zitat ist bezeichnend für die Stimmung der Jungwähler. Viele Jugendliche verstehen nicht, dass auch ihre Stimme gefragt ist. Andere wiederum haben das Gefühl, keine rechte Wahl zu haben. Oftmals hören die Wahlforscher Sätze wie „Schlussendlich ist es doch egal, wen man wählt, die machen doch sowieso alle dasselbe.“ Das, was die Jugendlichen stört, ist das Personal. Es geht nicht um Politik-Verdrossenheit, sondern eher um Politiker-Verdrossenheit, hat Professor Klaus Schubert von der Uni Münster festgestellt. Und dann kommt noch hinzu, dass der oft nicht überschaubare Weg von politischen Entscheidungen die Jugendlichen nervt.

Doch um Politik und Politiker transparenter zu machen, müssen Eltern, Lehrer, Verbände und Volksvertreter an einem Strang ziehen. Jugendliche müssen eingebunden werden, in die Gesellschaft, in Vereine und Jugendorganisationen der Parteien. Eine besondere Rolle haben die Eltern. Wer Zuhause Demokratie vorgelebt bekommt, der wird sie auch selbst vertreten. Wählen gehen ist also auch eine Tradition. **SH**

# Verkaufspläne beunruhigen Mieter

## Koalition plant Privatisierung der LEG-Wohnungen

Mit rund 106.000 Wohnungen zählt die Landesentwicklungsgesellschaft NRW GmbH (LEG) zu den größten Wohnungsunternehmen. Noch ist das Land Mehrheitsgesellschafter der LEG. Ein „wachsendes finanzielles Risiko“ für das Land, urteilte jüngst der Landesrechnungshof. Daher möchte die Landesregierung LEG-Wohnungen verkaufen. Das wiederum versuchen die Grünen per Antrag (Drs. 14/207) zu verhindern. Sie fürchten ein „soziales und strukturpolitisches Desaster“ für die Städte. Im Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen (Drs. 14/253) ist hingegen die Rede von „sozialverträglicher“ Privatisierung der LEG-Wohnungen, um die „verfehlte“ Unternehmenspolitik zu korrigieren. Der Landtag debattierte darüber am 14. September.

Horst Becker (GRÜNE) bezeichnete die angekündigte Privatisierung der LEG-Wohnungen als „leichtfertig und falsch“. Bei der Debatte gehe es nicht nur um die Zukunft einer Gesellschaft mit über 1.000 Mitarbeitern, sondern auch „um die Zukunftsperspektive einer Viertelmillion Mieterinnen und Mieter in diesem Land“. Die LEG sei ein wichtiger Partner für die Städte und Gemeinden, der sich „weit über das übliche Maß hinaus engagiert“, insbesondere im sozialen Bereich. Er appellierte an den Bauminister, sich nicht von der „Privatisierungs-ideologie“ des Koalitionspartners FDP treiben zu lassen. Er schloss mit der Warnung: „Sie zerschlagen Strukturen, die Sie nicht mehr neu aufbauen können.“

Bernd Schulte (CDU) wies die Kritik als wirklichkeitsfremd zurück. Die LEG-Politik der vergangenen Jahre habe „stärker auf risikoorientierte Zukunftspolitik anstelle von sozialer Verantwortung“ gesetzt. Mit dem Ergebnis, dass die LEG sowohl bei ihren Geschäftszielen als auch auf dem Feld der sozialen Verantwortung eindeutig gescheitert sei. An die Grünen: „Ihr Antrag verfolgt das Ziel, örtliche Betroffenheit zu schaffen, Unsicherheit zu verbreiten und Ängste der LEG-Mieter zu schüren.“ Die Idee, die LEG-Wohnungen zu veräußern, habe bereits die alte Landesregierung verfolgt: Schwarz-Gelb werde nun nachholen, wofür Rot-Grün die Kraft gefehlt habe.

Wolfgang Röken (SPD) kritisierte den Antrag der Grünen: „Er ist rückwärts gewandt und verkennt die vergangene auch grüne Verantwortung für die LEG.“ Ferner sei er in einigen Feststellungen schlichtweg falsch. „Die alleinige Aussage, das Land solle die LEG behalten, versteht Oppositionspolitik als Fundamentalopposition.“ Gleichzeitig forderte er die Landesregierung auf darzulegen, „wie, wann, an wen und insbesondere unter welchen mieterschutzrechtlichen Aspekten sie den Wohnungsverkauf organisieren will“. Auch der „offensichtlich mit heißer Nadel gestrickte“ Entschließungsantrag enthalte nur „unbestimmte Absichtserklärungen“.

Christof Rasche (FDP) dankte seinem Vorredner für die angedeutete Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Auf diesem Wege könne man hoffentlich gemeinsam zu einem vernünftigen Ergebnis in der LEG-Frage kommen. Den Antrag der Grünen bezeichnete er als „scheinheilig“:

Noch in der vergangenen Legislaturperiode habe Bauminister Vesper (GRÜNE) versucht, Landesanteile der LEG an die Landesbank sowie am freien Markt zu veräußern. „Jetzt wollen Sie das auf einmal alles kritisieren.“

Die FDP verfolge bei der LEG einen klaren Kurs: „Privat vor Staat.“

Kein finanzielles Risiko für das Land, wenn dies absolut vermeidbar ist.“ Der Wohnungsverkauf lasse sich auch realisieren, ohne die Sozialstandards zu vernachlässigen.

Bauminister Oliver Wittke (CDU) betonte, es gehe nicht darum, „für möglichst viel Geld möglichst schnell einen Verkauf der LEG herbeizuführen“. Vielmehr gehe es darum, die Interessen der Mieter zu schützen sowie soziale und städtebaupolitische Belange zu berücksichtigen. Zunehmende regionale Unterschiede in der Wohnungsmarktentwicklung in NRW führten zu unterschiedlichen Handlungserfordernissen, für die regional verankerte Wohnungsbauunternehmen am besten gerüstet seien. „Für ein Engagement eines landesweit agierenden Unternehmens wie der LEG gibt es deshalb keine überzeugenden Gründe mehr.“

Dieter Hilser (SPD) stellte Widersprüche zwischen den Aussagen der Koalitionsfraktionen und der Landesregierung fest: Im Koalitionsvertrag sei die Rede vom Verkauf des Wohnungsbestands der LEG, während der Entschließungsantrag den Verkauf der LEG verlange. „Verständigen Sie sich endlich, was Sie nun beabsichtigen!“

Heinz Sahn (CDU) bezeichnete die Probleme der LEG als „hausgemacht“. Die politische Verantwortung dafür trage der frühere Wohnungsbauminister sowie sein Staatssekretär als früherer Aufsichtsratsvorsitzender der LEG.

Schon früher hat es Proteste von LEG-Mieter gegeben.



# Standorte und Förderung auf dem Prüfstand

## Schlimmste ökologische Mogelpackung oder Boomindustrie?

Die Landesregierung will den rot-grünen Windenergieerlass ändern und die Genehmigung neuer Anlagen restriktiv handhaben. So sollen die Menschen und die Landschaft – dazu legten CDU und FDP einen Gesetzentwurf (Drs. 14/214) vor – geschützt sowie Subventionen reduziert werden. Die Opposition meint, damit schieße die Koalition weit übers Ziel hinaus und gefährde Arbeitsplätze. Lebhaftige Debatte darüber im Plenum am 14. September.



Landesregierung die Windkraft „durch die ideologische Brille betrachtet“. Damit gehe es nicht mehr um energiepolitische, rechtliche und bauliche

Bauminister Oliver Wittke (CDU)

André Stinka (SPD)

Friedhelm Ortgies (CDU)

Reiner Priggen (GRÜNE)

Dr. Gerhard Papke, (FDP)

Fotos: Schälte

Bauminister Oliver Wittke (CDU) unterstrich die Absicht der neuen Landesregierung, den Windenergieerlass des Landes „mit dem Ziel einer möglichst restriktiven Steuerung des Baus von Windkraftanlagen grundlegend zu überarbeiten“. In NRW gebe es mehr Anlagen „als in Sachsen, Thüringen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Baden-Württemberg und Bayern zusammen“, damit müsse Schluss gemacht werden: „Es liegt nämlich auch im ökologischen Interesse, dass dem Landschaftsschutz endlich ein vernünftiger Stellenwert eingeräumt wird.“ Unter den geplanten Maßnahmen nannte der Minister auch die Absicht, das Baugesetzbuch so zu ändern, dass Windkraftanlagen nicht mehr im unbeplanten Außenbereich, sondern nur noch in Industriegebieten oder in von den Gemeinden bewusst für Windenergienutzung ausgewiesenen Sondergebieten errichtet werden dürfen. Außerdem werde die Landesregierung gegen die „Überförderung“ der Windenergie durch das Energie-Einspeisegesetz aktiv werden. Auch mit der Förderung der Anlagen an windschwachen Standorten müsse Schluss sein.

André Stinka (SPD) war anderer Meinung: „Der neue Windkrafterlass ist rechtlich fragwürdig, geht von falschen Vorgaben aus und führt zu mehr Bürokratie. Dazu wälzt die Landesregierung mit ihm nur die Verantwortung auf Städte und Gemeinden ab.“ Außerdem öffne er einer uneinheitlichen Verwaltungspraxis Tür und Tor. Das alles nur, weil die

Gesichtspunkte. Die SPD dagegen habe die Windkraft immer nüchtern und wenig ideologiereich betrachtet; man sehe in ihr ein Element in einem schlüssigen Energiegesamtkonzept zur künftigen Energieversorgung. Der Abgeordnete: Anstelle eines „ideologischen Anrennens gegen Windmühlen brauchen wir vernünftige Weichenstellungen“. Statt eines weiteren, flächenmäßigen Ausbaus sei der Ersatz der Vielzahl kleinerer Windanlagen durch leistungsfähigere und dem Stand der Technik entsprechende notwendig: „Repowering ist das Stichwort, das im Erlass fehlt.“

Friedhelm Ortgies (CDU) fand, die Koalition müsse das reparieren, was in zehn Jahren rot-grüner Verantwortung angerichtet worden sei und Windenergieanlagen so steuern, „dass sie für Menschen und Umwelt erträglicher sind“. Man sei nicht generell gegen die Windstromerzeugung. „Wir wollen sie nur dort haben, wo sie im Einklang mit Natur und

Landschaft steht, wo sie in ausreichendem Abstand zu besiedeltem Gebiet steht und wo der Wind vor allem ausreichend weht.“ Dazu gebe der Erlass den Städten und Gemeinden ein Instrument zur Steuerung an die Hand. Die SPD fragte er, ob sie den Wildwuchs mit eindämmen oder tatenlos zusehen wolle, „wie unsere Landschaft verschandelt wird“?

Reiner Priggen (GRÜNE) diagnostizierte einen weltweiten Boom in der Windenergie und weltweit eine massive Nachfrage nach Windenergieanlagen. „Bis jetzt haben wir in Deutschland die Marktführerschaft in diesem Bereich“ – und es seien Firmen mit einem sehr hohen Exportanteil, stellte Priggen fest. Er fuhr an die Adresse der Koalition gerichtet fort: „Wenn eine solche Politik, die Sie hier andeuten und die Sie auf Bundesebene durchsetzen wollen, wirklich zum Tragen kommt, dann fragen die Zuständigen der Konzernmutter in den USA doch, warum wir dort überhaupt noch bauen sollen, wenn uns dort untersagt wird, weitere Anlagen aufzustellen. Dann gehen sie doch gleich in andere Länder.“

Dr. Gerhard Papke, FDP-Fraktionsvorsitzender, stellte zum angestrebten Wandel fest: „Wir haben dabei die Menschen in Nordrhein-Westfalen hinter uns.“ Es gebe tausende, die unter dem „Windkraftwahn, der hier veranstaltet worden ist, persönlich leiden“. Die SPD hätte sich schon früher damit auseinandersetzen sollen. Seine Partei sei „selbstverständlich“ für den Einsatz erneuerbarer Energien, zumal die fossilen Energieträger begrenzt seien. Aber Rot-Grün habe die Landschaft „zugespartelt“ und praktisch jeden Standort für die Anlagen geeignet gehalten. Das müsse man korrigieren. Für Papke ist der Bau von Windindustrieanlagen in NRW „die schlimmste ökologische Mogelpackung in den letzten Jahrzehnten“.

## Kohle, Klima, Kernkraft

**Lebhafte Aktuelle Stunde  
vor Hintergrund hoher  
Benzinpreise**

Foto: Schälte

*Angesichts von hohen Benzinpreisen und happigen Preiserhöhungen bei Strom und Erdgas steht die Energiepolitik des Landes im Mittelpunkt des Interesses. SPD und Grüne greifen an: Die Regierung verspiele die Interessen der Verbraucher. Das Land brauche mehr Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt. In einer Aktuellen Stunde Mitte des Monats suchte die Opposition den Schlagabtausch über die Konzepte und Ideen der schwarz-gelben Landesregierung.*

Dr. Axel Horstmann (SPD) warf CDU und FDP vor, mit ihrer Politik „die Abhängigkeit Nordrhein-Westfalens von den unkontrollierbaren Rohstoffbörsen noch weiter zu vergrößern“. Weiter: „Sie haben in der Verkehrspolitik eine Richtung verfolgt, die unsere Mobilität immer stärker von Mineralölimporten abhängig machen würde.“ Bus und Bahn als Alternative zum Auto einschränken, die Wegekosten zum Arbeitsplatz verteuern und mit höheren Mehrwertsteuern die Spritpreise weiter erhöhen – das, so Horstmann, sei kurzfristig und unsozial. Seine Amtsnachfolgerin Thoben forderte er auf, ihre Ankündigung wahr zu machen und „energisch gegen die Preispolitik der Energieversorger“ vorzugehen. Gleichzeitig warf er der Ministerin mit Blick auf die Atomenergie-

debatte vor, die Interessen des Landes zu verkennen: „Der Energiepolitik des Landes fehlen Klarsicht und Kurs.“

Reiner Priggen (GRÜNE) konstatierte, dass die Preise der Primärenergieträger Öl und Gas weiter ansteigen würden. Der Abgeordnete ergänzte: „Zur gleichen Zeit führen wir eine Klimaschutzdebatte. Ich erinnere an die letzten Ereignisse bei uns im Alpenraum, in Südfrankreich und in New Orleans.“ Daraus folge, dass effizienter mit Energie umzugehen und Substitutionsmechanismen zu entwickeln seien. Auf dem Strommarkt beklagte er den fehlenden Wettbewerb – die großen Stromkonzerne hätten Deutschland in „Besatzungszonen“ unter sich aufgeteilt – und wandte sich an CDU und FDP: „Im Energiebereich ihres Koalitionsver-

trages findet sich hierzu kein Wort.“ Die Koalition beschäufte sich „offensichtlich nicht vernünftig mit diesen Themen“.

Christian Weisbrich (CDU) konterte, Horstmann wolle davon ablenken, dass er als Energieminister restlos gescheitert sei. Es sei ziemlich dreist, der Landesregierung zu unterstellen, sie verspiele die Interessen des Landes: „Das Gegenteil ist der Fall.“ So sei das Fünf-Milliarden-Investitionsprogramm für Kraftwerke voll im Plan. Auch erneuerbare Energie käme nicht zu kurz. Derzeit würden in NRW drei Prozent des Stroms aus ihr gewonnen. „Bundesweit sind es etwa zehn.“ Diesen Rückstand werde die neue Regierung „deutlich verringern“. Weisbrich: „Zur Umsetzung setzen wir auf einen marktwirtschaftlichen Rahmen und Wettbewerb.“ Die Debatte um den Preis für Primärenergie nannte er populistisch. Man müsse sich auf steigende Preise einstellen. Der Einfluss einer Landesregierung sei begrenzt; gefragt sei in erster Linie „nicht die Politik sondern das Bundeskartellamt“.

Dietmar Brockes (FDP) fand: Keine einzige Kraftwerksinvestition in NRW werde durch längere Restlaufzeiten deutscher Kernkraftwerke behindert. Und die Argumentation, Steinkohlesubventionen seien eine Art Versicherungspolice gegen Versorgungsengpässe, nannte er „völligen Humbug“. Er begründete den Ausstieg damit, dass bereits heute die deutsche Steinkohle nur noch einen Anteil von fünf Prozent am Primärenergieverbrauch habe. Potenzial sah Brockes bei Biomasse, Brennstoffzellen oder der Erdwärme. „Die weitere Verspargelung des Landes dagegen ist der falsche Weg.“

Energieministerin Christa Thoben (CDU) erläuterte: „Wir haben in NRW eine ganz klare Linie.“ Was den Umstieg auf erneuerbare Energien angehe, so sei das ein „ziemlich langwieriger Prozess“. Man müsse so ehrlich sein, das den Bürgern zu sagen. Wo aber in erneuerbaren Energien Chancen lägen, „werden Sie uns immer an der Seite derer finden, die fordern, es müsse schneller gehen“. Weg wolle sie von ideologischen Bremsen: „Warum haben wir einen extrem niedrigen Anteil bei der Nutzung von Wärmepumpen in Neubauten? Weil man für den Betrieb einer Wärmepumpe Strom braucht, hört Ihr Denken auf“, warf sie Rot-Grün vor. „Dabei ist der Erfolgsfaktor dort 1:4.“ Die Sachargumente in der Wettbewerbsdebatte nehme sie ernst. Wenn aber von „Besatzungszonen“ der Stromkonzerne die Rede sei, „frage ich mich, ob Sie wirklich behaupten wollen, dass die in den letzten acht Wochen entstanden sind“, so Thoben.

# Gemeinsames Ringen um mehr Lehrer

## Angehende Pädagogen sollen näher am Bedarf ausgebildet werden

*In Deutschland drohen die Lehrer knapp zu werden. Zeitungsberichte über einen kommenden Lehrermangel haben die Fraktionen von CDU und FDP zum Anlass für eine Aktuelle Stunde im Landtag genommen. Das Thema: „Drohende Lehrerrücke verhindern – Junge Menschen für das Lehramt motivieren.“ Schulministerin Barbara Sommer (CDU) rechnet mit einem Bedarf von 41.000 Lehrern bis 2010, dem stehen nach ihren Angaben voraussichtlich 36.500 Bewerber gegenüber.*

Klaus Kaiser (CDU) führte mehrere Maßnahmen an, mit denen man dem Lehrerengpass entgegenwirken möchte. Zunächst müsse man die „gesellschaftliche Wertschätzung“ von Lehrern steigern. Als negatives Beispiel führte er ein altes Zitat von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) an, der Lehrer einmal als „faule Säcke“ bezeichnet habe. Mit den ersten 1.000 neuen Lehrerstellen habe die neue Landesregierung die Priorität von Bildung betont. Die Lehrer selbst forderten weniger Bürokratie. Das Einstellungssystem müsse transparent

gefordert, „den Lehrerberuf durch vernünftige Rahmenbedingungen und Laufbahnperspektiven endlich wieder attraktiv zu machen“ und Schülerinnen und Schüler früh für Naturwissenschaften zu begeistern. „Denn aus Begeisterung leiten sich Berufswünsche ab.“ Sie begrüße die Arbeitsgruppe des Ministeriums, die belastbare Zahlen zum Lehrermangel herausfinden soll.

Ute Schäfer (SPD) wunderte sich darüber, warum die Landesregierung diese Aktuelle Stunde be-

Sigrid Beer (GRÜNE) warf der Landesregierung vor, die Lehrerrücke als Vorwand für gebrochene Wahlversprechen zu nutzen. Zu deren Erfüllung seien auch viel mehr als die angekündigten 4.000 Stellen nötig. Nach der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hätten viele Staaten sinkende Schülerzahlen für höhere Ausgaben pro Schüler genutzt, in Deutschland sei der Anstieg nur unterdurchschnittlich. Beer warf der Landesregierung vor, durch den Wettbewerb unter Grundschulen nur Stellen kürzen zu wollen. Auf eine Qualifikation bei der Lehrereinstellung müsse geachtet werden, „wir können nicht dabei stehen bleiben, Zahlen bei den Einstellungen abzuhaken“. Auch solle man noch einmal über „eine Schule für alle reden“. Man müsse ein Lehrerarbeitszeitmodell sowie eine reformierte Be-soldung entwickeln, die sich an Leistung und Engagement ausrichtet.

Fotos: Schälte

Schulministerin  
Barbara Sommer (CDU)

Klaus Kaiser (CDU)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)

Ute Schäfer (SPD)

Sigrid Beer (GRÜNE)

sein, damit deutlich werde, welche Lehrämter gesucht werden. In Mangel-fächern benötige man gezielte Werbemaßnahmen. Auch sollten die Rahmenbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer verlässlicher gestaltet werden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) fand, dass die frühere Landesregierung am Bedarf vorbei ausgebildet habe. Mangelfächer seien schon bei der jetzigen Lehrergeneration nicht beliebt, potentiellen Nachfolgern werde keine Begeisterung für diese vermittelt. Weiter warf sie der alten Landesregierung vor, restriktiv eingestellt und Unterrichtsausfall angehäuft zu haben. Die FDP habe in den vergangenen Jahren immer

anträgt hat. Sie schloss, dass man „der ehemaligen rot-grünen Landesregierung richtig einen mitgeben und Ihre 1.000 Lehrerstellen abfeiern“ wolle. In NRW könne man nicht von einem generellen Lehrermangel sprechen. Man müsse sehr genau sehen, welche Fächerkombinationen und welche Schulformen gesucht seien. NRW sei das erste Bundesland gewesen, das eine Lehrerbearbeitungsstudie sowie eine Imagekampagne für Lehrer erstellt und die Einstellungstermine für Referendare erweitert habe. Die CDU habe an diesen Dingen stets „gemäkelt“. Schulministerin Sommer werde die gleichen Mittel einsetzen, wie die alte Landesregierung. „Sie können daran anknüpfen, und wir helfen Ihnen gerne dabei.“

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) erklärte, der Lehrermangel sei nicht über Nacht entstanden. Er rühre von Fehlentscheidungen seit Mitte der 90er-Jahre her. Die Landesregierung setze nun auf mehrere Punkte. Neben Attraktivitätssteigerung im mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bereich möchte man ein Weiterbildungsprogramm zum Erwerb eines dritten Unterrichtsfaches einrichten. Stärker als bisher müssten Grundschullehrkräfte für die Hauptschule gewonnen werden, zudem auf die Erweiterung des Seiteneinsteigerpotenzials geachtet werden. Abschließend sei eine zielgenaue Werbung um Lehrernachwuchs vorgesehen, Stellen für den Vorbereitungsdienst sollten konsequent ausgenutzt werden. Dies sei nicht alles neu, es sei „ein gemeinsames Tun“ und „ein gemeinsames Ringen“, stellte sie fest.

# Aus für kostenloses Studium in NRW

## Koalition und Opposition streiten um Sinn und Folgen von Gebühren



Fotos: Schälte

Ab Wintersemester 2006/2007 sollen alle Studienanfänger und ab darauf folgendem Semester alle Studierenden im Land einen Studienbeitrag an die Hochschulen zahlen. Die Hochschulen werden selbstständig über die Einführung entscheiden. Pro Semester ist ein Betrag von 500 Euro geplant; der nach dem Studium zurückzahlende Betrag soll höchstens 10.000 Euro betragen. Bei so genannten Fehlzeiten wie Schwangerschaft oder Auslandsaufenthalt wird auf den Studienbeitrag verzichtet. SPD (Drs. 14/196) und Grüne (Drs. 14/205) sprachen sich in ihren Anträgen gegen Studiengebühren aus. Die Anträge wurden von der Koalitionsmehrheit zurückgewiesen.

Wissenschaftsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP) erläuterte, warum die Landesregierung die Einführung von Studienbeiträgen plane. Die Erfolgsaussichten der Studenten müsse man verbessern, das Studium besser planbar werden. Auch wolle man der hohen „Schwundquote“ in den Studiengängen begegnen. Die Länge des Studiums schreke viel häufiger ab als Studienbeiträge. Es werde keine kompensatorischen Kürzungen der Landesmittel geben, die Einnahmen aus den Studienbeiträgen sollen zweckgebunden sein. Die Beziehung von Studenten und Hochschulen gründe künftig „auf Leistung und Gegenleistung“. Jeder solle unabhängig von sozialer Herkunft und Einkommen der Eltern die Möglichkeit zum Studium haben.

Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende, meinte, die Landesregierung flüchte aus ihrer Verantwortung gegenüber Studierenden und Hochschulen. Sie widersprach dem Wissenschaftsminister mit seiner Feststellung, derzeit steige die Zahl der Studierenden. Sie gehe zurück; der Rückgang stehe in Verbindung mit den geplanten Studiengebühren. „Sie verschärfen die Auslese beim Zugang zu den Hochschulen“,

warf sie der Landesregierung vor. Da eine verbindliche Regelung fehle, werde der Konflikt um die Studiengebühren von der Landesregierung an die einzelnen Hochschulen verlagert. Man lehne Studiengebühren ab, da man in Deutschland „mehr und nicht weniger Studierende“ brauche und keine weitere Hürde aufbauen dürfe. Kraft: Sie sehe keinen Rüttgers-Effekt, sondern einen „Rüttgers-Defekt“.

Helmut Stahl, CDU-Fraktionsvorsitzender, warf der SPD-Chefin vor, sie habe das Thema für die Bundestagswahl instrumentalisiert. Die CDU wolle „Verantwortung an die Menschen, in die Hochschulen zurückgeben“. Man habe vor der Landtagswahl gesagt, dass man Studienbeiträge einführen wolle. Das Studienkontenmodell von SPD und Grünen sei für ihn ein „Musterbeispiel eines sozialistischen Gesetzes“. Es sei kompliziert, Einnahmen seien dem Finanzminister überlassen und die Studierenden „abgezockt“ worden. Bei den Hochschulen sei nichts angekommen. 10.000 Euro könne man angesichts des späteren Einkommens nun wirklich für eine qualifizierte Ausbildung einsetzen, meinte er.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE) sah sich beim Verhalten von Ministerpräsident Rüttgers gegenüber den Wählern an ein „Pingpong-Spiel“ erinnert. BAföG-Empfänger müssten nach der Wahl nun doch Studiengebühren bezahlen. Zudem entscheide nun der Geldbeutel der Eltern darüber, ob jemand in Nordrhein-Westfalen studieren könne. Die FDP in NRW sei bisher auch stets gegen Studiengebühren eingetreten, in Rheinland-Pfalz trage sie sogar selber ein Studienkontenmodell mit. Vesper forderte: „Lassen Sie die Finger von Ihren Plänen zur Einführung von Studiengebühren! Entwickeln Sie stattdessen unser Studienkontenmodell wie ursprünglich vorgesehen weiter!“

Christian Lindner (FDP) sah nicht in Studienbeiträgen, sondern in der Schulpolitik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte die Gefährdung der Bildungsgerechtigkeit in NRW. Deshalb hätten auch so wenige Jugendliche aus einkommensschwachen Familien die Chance, mit dem Abitur den Zugang zur Hochschule zu erhalten. Auch in den Reihen der SPD gebe es Befürworter nachgelagerter Studienbeiträge. Lindner zitierte Karl Marx, um seinen Standpunkt zu untermauern. Der habe gesagt, dass eine kostenlose Bildung nur dazu diene, „den höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Staatssäckel zu bestreiten“.

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) erklärte, es sei wegen der Finanzlage des Landes „auf absehbare Zeit nicht damit zu rechnen“, dass das Land den Hochschulen mehr Geld zur Verfügung stellen könne. Deshalb müsse man versuchen, „andere Finanzierungsquellen zu erschließen“. Auch junge SPD-Politiker befürworteten die Einführung eines Systems nachgelagerter Studiengebühren. Das vorgestellte Modell folge der These, dass jeder unabhängig vom Einkommen seiner Eltern studieren kann. Das BAföG-Empfänger mit einbezogen werden, liege an rechtlichen Bedenken. Zudem müssten rund zwei Drittel der Empfänger nach dem geplanten Modell nichts bezahlen.

Protest auf den Zuschauerrängen: Studierende demonstrieren gegen geplante Gebühren.



## Der Kurs wird fortgesetzt

### SPD: Landesregierung soll weiter Selbstständigkeit der Schulen fördern

*Die SPD zweifelt, ob die neue Landesregierung den schon von der alten eingeschlagenen Kurs der Selbstständigkeit von Schulen fortsetzen wird. Darum hat sie den Antrag „Eigenverantwortung unserer Schulen stärken! Alle Schulen in die Selbstständigkeit entlassen“ (Drs. 14/203) vorgelegt. Der Landtag debattierte darüber und überwies ihn an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung zur abschließenden Beratung.*

Sören Link (SPD) unterstrich, wie notwendig mehr Eigenverantwortung für die Schulen sei. Auf diesem Weg müsse es mehr Unterstützung und Vorbereitung geben, damit nicht Frustration, sondern Aufbruchstimmung entsteht. Mit dem Antrag sollten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, „dass alle Schulen in unserem Land in die Selbstständigkeit entlassen werden“. Das sei kein Selbstzweck, sondern schaffe Motivation und neue Impulse und befördere den Wettbewerb um Profil und Qualität. Auf diesem vorgezeichneten Weg sollte auch die neue Landesregierung voranschreiten.

Bernhard Recker (CDU) erkannte hohe Übereinstimmung zwischen dem Antrag und den Zielen der Koalition, „deshalb weiß ich nicht, was dieser Antrag hier und heute bewirken soll“. Die Landesregierung sehe in der Selbstständigkeit geradezu den entscheidenden Hebel für einen Neuanfang in der Bildungspolitik. Die CDU werde mit 4.000 zusätzlichen Lehrern und durch andere Instrumente die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, „um allen Schulen in NRW nach und nach die Möglichkeit zur Selbstständigkeit zu geben“.

Sigrid Beer (GRÜNE) warnte: „Mit Schwarz-Gelb stehen auch die bereits selbstständigen Schulen in Gefahr, ihre gewonnene pädagogische Souveränität wieder zu verlieren, weil Sie (die Koalition) aus der eigenverantwortlichen Schule als lernender Organisation lediglich den Wettbewerbsapparat machen wollen, bei dem die pädagogische Freiheit amputiert wird.“

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) sah ebenfalls „eine gewisse Schnittmenge in unserem gemeinsamen Anliegen, Schulen in die Selbstständigkeit zu entlassen. Nur: Wir wollen es noch konsequenter machen“. Hier nannte sie als Stichwort die Entbürokratisierung. Schwarz-Gelb habe längst auf den Weg gebracht, was Rot-Grün in seinem Schulgesetz ansatzweise nur beschrieben habe.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) nannte Zweifel unbegründet, die neue Landesregierung wolle das Modellprojekt Selbstständige Schule nicht mehr mit der notwendigen Stringenz fortführen. „Ihre Ermahnungen sind nicht erforderlich“, wandte sie sich an die SPD: „Wir werden die notwendigen Maßnahmen sorgfältig vorbereiten und zügig umsetzen. Selbstverständlich werden wir das Parlament beteiligen.“ Sie sei zuversichtlich, „dass wir für unsere Vorschläge einen breiten Konsens finden“. Sie werde auch die Meinung derer einholen, die von diesem Projekt betroffen sind, „nämlich die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schüler“.



Schulranzen – Marschgepäck auf dem Weg in die Selbstständigkeit.

Foto: Schälte

## Abtragen oder bewahren?

### Die Fraktionen zur Zukunft des Weltjugendtagshügels auf dem Marienfeld

*Der „Weltjugendtagshügel“ auf dem Frechener Marienfeld soll eine internationale Begegnungsstätte für Kunst, Kultur und Kirche werden. Die Landesregierung solle diesen Ort erhalten, wo im August über eine Million Menschen den Papst feierten und mit Benedikt XVI. die Messe feierten. Das schlagen CDU und FDP in einem Antrag (Drs. 14/212) vor, den der Landtag nach Debatte an den Hauptausschuss überwiesen hat.*

Die „positive Erinnerungskultur“ an den ersten Besuch des neuen Papstes in Deutschland müsse erhalten und gefördert werden, fand Professor Dr. Dr. Thomas Sternberg (CDU). Es sei nicht nur ein Fest für einen Tag, sondern ein historisches Ereignis gewesen. Das Land habe die einmalige Chance, diese Erfahrung-

gen in der Erhaltung des Ortes zu lokalisieren. Der Hügel sei als Höhepunkt des Weltjugendtags zu sehen, fand Angela Freimuth (FDP). Abgesehen von den hohen Rückbaukosten dürfe dieser Ort der Zusammenkunft und des Friedens nicht zerstört werden. Es müsse gemeinsam mit den Eigentümern, den Kommunen und

den Kirchen eine Lösung gefunden werden. Wolfram Kuschke (SPD) signalisierte ebenfalls seine Zustimmung zum Antrag: Eine historische Veranstaltung sei ordentlich zu würdigen. Bei allem Respekt vor der Natur dürfe bei der Abwägung das Gefühl für die historische Dimension nicht vergessen werden. Reiner Priggen (GRÜNE) kritisierte die „falschen Hoffnungen“, die von den anderen Fraktionen geweckt würden. Außerdem müsse man wegen der Kosten für dieses „Bodendenkmal“ mit Blick auf andere Projekte vorsichtig sein. Die Entscheidung liege in erster Linie bei den Kommunen. Für die Landesregierung meinte Minister Michael Breuer (CDU), man sollte den „besonderen Schwung des Weltjugendtags mitnehmen“ und den Ort der Begegnung erhalten. Wichtig sei es, ein politisches Zeichen zu setzen und die Erinnerung zu bewahren. Eine solche Chance für NRW müsse genutzt werden.

PR

# Starkes Land, starke Fraktion

## Nordrhein-Westfalen hat für den Bundestag gewählt

*Aus Nordrhein-Westfalen ziehen - nach derzeitigem Stand - 132 Männer und Frauen als Abgeordnete in den neuen Bundestag ein. Das ist die größte Landesgruppe. Der Freistaat Bayern folgt mit 89 Sitzen, für Baden-Württemberg - um nur die drei stärksten Kontingente zu nennen - sind es 76.*

Bestimmt damit die „NRW-Fraktion“ maßgeblich die Politik, die der nächste Bundestag macht? Abgesehen davon, dass 132 von über 600 Mandaten gerade mal ein knappes Viertel ausmacht und damit nicht einmal entfernt an die Mehrheit herankommt, war das in der Vergangenheit schon nicht so und wird auch in Zukunft nicht so sein. Denn die „NRW-Fraktion“ ist eine rechnerische, politisch allenfalls virtuelle Größe: Landsmannschaftliche Herkunft entscheidet nicht über das Abstimmungsverhalten der Bundestagsabgeordneten in nationalen oder internationalen Angelegenheiten. Die sind allein ihrem Gewissen verantwortlich und hin und wieder der Fraktionsdisziplin.

Vergleicht man das Abschneiden der Parteien in Nordrhein-Westfalen mit dem bundesweiten Ergebnis, dann ist zu sagen: Das bevölkerungsreichste Bundesland hat seine Sonderstellung einmal mehr unterstrichen. Gewiss, auch hier haben die beiden großen

Volksparteien Einbußen hinnehmen müssen, aber deutlich weniger als auf Bundesebene. Die SPD verlor deutschlandweit bei den Zweitstimmen 4,2 Prozent, an Rhein und Ruhr nur drei Prozent. CDU/CSU verbuchten auf Bundesebene ein Minus von 3,3 Prozent, in NRW nahm die CDU um weniger als einen Prozentpunkt ab.

### BUNDESTREND

Annähernd der Gleichklang bei FDP und Grünen. Ihre Gewinne bzw. Verluste wichen in Land und im Bund nicht signifikant voneinander ab. Anders die neu aufgetretene Linke, die Vereinigung von WASG und PDS: Sie schnitt in NRW mit 5,2 Prozent deutlich schlechter ab als bundesweit, wo sie es auf 8,7 Prozent brachte.

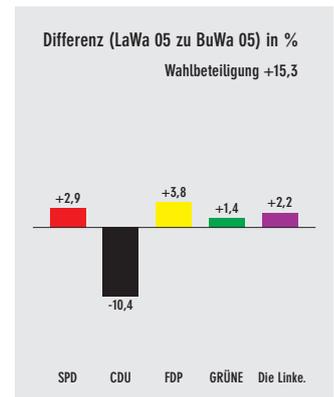
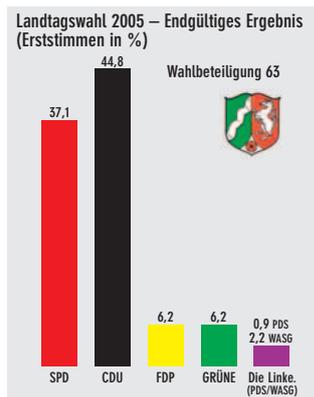
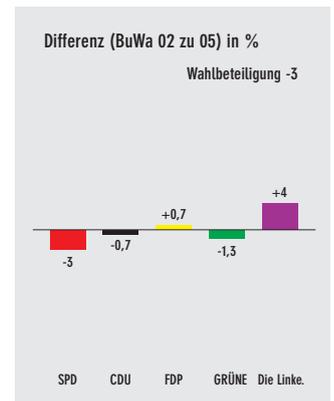
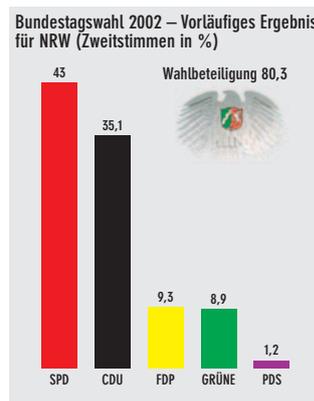
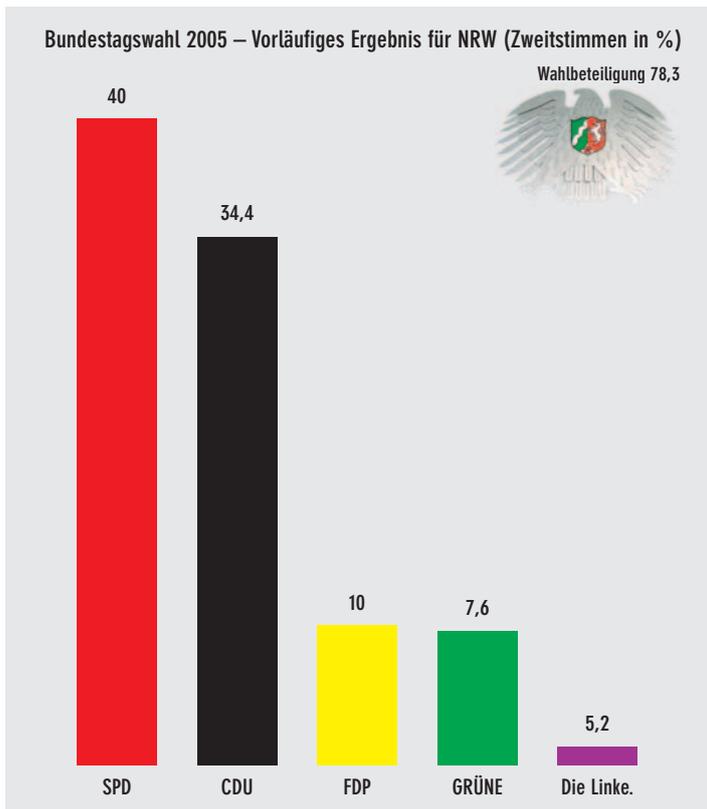
Es lässt sich also sagen: Die Menschen an Rhein und Ruhr sind zwar dem Trend gefolgt, aber ihm nicht in vorderster Linie hinterher ge-

jagt. Aber auch diese Zurückhaltung, die man den Westfalen gern und den Rheinländern hin und wieder attestiert, würde auf Berlin hochgerechnet dem Bundestag kein anderes Ergebnis bescheren. Rot-Grün hätte, wenn man die 132 NRW-Mandate den politischen Lagern zuteilt, zwar das rechnerische Übergewicht mit 47,6 Prozent, Schwarz-Gelb käme auf 44,4 Prozent. Aber das wäre nur eine relative Mehrheit. Denn in Mandaten ausgedrückt stünden 64 Sitze von Rot-Grün gegen die 61 Mandate einer schwarz-gelben Koalition. Keines der beiden Lager hätte die Mehrheit, die bei 67 liegt. Also auch hier: Hängepartie.

Schluss mit den Spielereien. Mit Zahlen und Ziffern lässt sich der politischen Meinung der Menschen und besonders ihren Umschwüngen immer weniger auf die Schliche kommen. Das haben die Medien gerade schmerzhaft erfahren, die die Umfrageergebnisse der Demoskopien bis kurz vor der Bundestagswahl kolportierten und daraus ein Ergebnis ableiteten, das so nicht eingetreten ist.

Blick zurück in den Mai, zur NRW-Landtagswahl. Was sagt die Wissenschaft? NRW-Landtagswahlen sind in Hinblick auf Wahlen im Bund, meint der Politikwissenschaftler Ulrich von Alemann, „Nach-, Probe- oder Testwahlen“. Das stimmt sicher in der Rückschau. Als Prognose für die Entscheidung im Bund taugt die jüngste Landtagswahl wenig. Sonst hätte diese Bundestagswahl anders ausgehen müssen ...

JK





**SPD**

54 Abgeordnete

Name	Geburtsjahr	Beruf	Wohnort	Wahlkreis /Landesliste
Akgün, Dr. Lale	1953	MdB (Mitglied des Deutschen Bundestages), Köln Diplom-Psychologin		95 Köln II
Arndt-Brauer, Ingrid	1961	Diplom-Kauffrau, Diplom-Soziologin	Horstmar	Landesliste
Becker, Dirk	1966	Diplom-Verwaltungswirt	Oerlinghausen	136 Lippe I
Berg, Ute	1953	Lehrerin	Paderborn	Landesliste
Bodewig, Kurt	1955	MdB	Grevenbroich	Landesliste
Bollmann, Gerd	1949	Berufsschullehrer	Herne	142 Herne - Bochum II
Brandner, Klaus	1949	Geschäftsführer	Verl	Landesliste
Brase, Willi	1951	MdB, Gewerkschaftssekretär	Kreuztal	149 Siegen-Wittgenstein
Bülow, Marco	1971	Journalist	Dortmund	143 Dortmund I
Burchardt, Ursula	1954	Diplom-Pädagogin	Dortmund	144 Dortmund II
Dörmann, Martin	1962	MdB, Rechtsanwalt	Köln	94 Köln I
Ehrmann, Siegmund	1952	MdB, Städtischer leitender Verwaltungsdirektor a. D.	Moers	115 Krefeld II - Wesel II
Frechen, Gabriele	1956	Steuerberaterin	Hürth	92 Erftkreis I
Freitag, Dagmar	1953	Lehrerin	Iserlohn	151 Märkischer Kreis II
Grasedieck, Dieter	1945	Diplom-Ingenieur, Oberstudiendirektor a. D.	Bottrop	126 Bottrop - Recklinghausen III
Griese, Kerstin	1966	MdB, Historikerin	Ratingen	106 Mettmann II
Großmann, Achim	1947	MdB, Diplom-Psychologe	Würselen	89 Kreis Aachen
Grotthaus, Wolfgang	1947	Technischer Angestellter	Oberhausen	118 Oberhausen - Wesel III
Hemker, Reinhold	1944	MdB, Pastor	Rheine	129 Steinfurt III
Hempelmann, Rolf	1948	Oberstudiendirektor a. D.	Essen	120 Essen II
Hendricks, Dr. Barbara	1952	Parlamentarische Staatssekretärin, Ministerialrätin a. D.	Kleve	Landesliste
Hinz, Petra	1962	Juristin	Essen	121 Essen III
Hovermann, Eike Anna Maria	1946	Lehrer	Lippstadt	Landesliste
Humme, Christel	1949	Lehrerin	Witten	140 Ennepe-Ruhr-Kreis II
Ibrügger, Lothar	1944	Diplom-Ingenieur, Stadt- und Regionalplaner	Minden	135 Minden- Lübbecke I
Kelber, Ulrich	1968	Diplom-Informatiker	Bonn	97 Bonn
Kortmann, Karin	1959	MdB, Diplom-Sozialpädagogin	Düsseldorf	108 Düsseldorf II
Krüger, Dr. Hans-Ulrich	1952	MdB, Bürgermeister a.D., Jurist	Voerde	114 Wesel I
Kucharczyk, Jürgen	1957	Beamter	Remscheid	104 Solingen - Remscheid - Wuppertal II
Kühn-Mengel, Helga	1947	Diplom-Psychologin	Brühl	Landesliste
Lauterbach, Prof. Dr. Karl	1963	Universitätsprofessor	Köln	102 Leverkusen - Köln IV
Lehn, Waltraud	1947	MdB, Beigeordnete a. D.	Marl	123 Recklinghausen II
Merten, Ulrike	1951	Kauffrau, Drogistin	Wachtberg	Landesliste
Müller, Michael	1948	MdB	Düsseldorf	Landesliste
Müntefering, Franz	1940	Industriekaufmann	Berlin	Landesliste
Mützenich, Dr. Rolf	1959	MdB, Diplom-Politologe	Köln	96 Köln III
Pflug, Johannes	1946	MdB	Duisburg	117 Duisburg II
Poß, Joachim	1948	Verwaltungsleiter	Gelsenkirchen	124 Gelsenkirchen
Röspel, René	1964	MdB, Diplom-Biologe	Hagen	139 Hagen - Ennepe-Ruhr-Kreis I
Schaaf, Anton	1962	Maurer	Essen	119 Mülheim - Essen I
Schäfer, Axel	1952	Generalsekretär	Bochum	141 Bochum I
Scheeten, Bernd	1948	MdB	Krefeld	Landesliste
Schmidt, Dagmar	1948	Lehrerin, Fotografin	Meschede	Landesliste
Schmidt, Ulla	1949	Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung	Aachen	88 Aachen
Schultz, Reinhard Walter	1949	MdB, Unternehmer	Everswinkel	Landesliste
Schwabe, Frank	1970	Gästeführer	Castrop-Rauxel	122 Recklinghausen I
Schwall-Düren, Dr. Angelica	1948	Lehrerin (OStR)	Metelen	Landesliste
Spanier, Wolfgang	1943	Schulleiter	Herford	134 Herford - Minden-Lübbecke II
Stöckel, Rolf	1957	Diplom-Sozialarbeiter (grad.)	Bönen	145 Unna I
Strässer, Christoph	1949	Rechtsanwalt	Münster	130 Münster
Weis, Petra	1957	MdB	Duisburg	116 Duisburg I
Wend, Dr. Rainer	1954	Rechtsanwalt	Bielefeld	133 Bielefeld
Wiefelspütz, Dr. Dieter	1946	Richter a. D.	Lünen	146 Hamm - Unna II
Zöllmer, Manfred Helmut	1950	MdB	Wuppertal	103 Wuppertal I

**CDU**

47 Abgeordnete

Name	Geburtsjahr	Beruf	Wohnort	Wahlkreis /Landesliste
Bauer, Dr. Wolf	1939	Apotheker	Euskirchen	93 Euskirchen – Erftkreis II
Borchert, Johann-Joachim	1940	MdB, Landwirt	Bochum	Landesliste
Bosbach, Wolfgang	1952	Rechtsanwalt	Bergisch Gladbach	101 Rheinisch-Bergischer Kreis
Brandt, Helmut	1950	MdB, Rechtsanwalt	Alsdorf	Landesliste
Brauksiepe, Dr. Ralf	1967	Wissenschaftlicher Assistent	Hattingen	Landesliste
Caesar, Cajus Julius	1951	MdB, Diplom-Forstingenieur	Kalletal	Landesliste
Dautzenberg, Leo	1950	MdB, Diplom-Betriebswirt	Heinsberg	90 Heinsberg
Deittert, Hubert	1941	MdB, Landwirt	Rietberg	132 Gütersloh
Dött, Marie-Luise	1953	Einzelhandelskauffrau	Berlin	Landesliste
Falk, Ilse	1943	MdB	Xanten	Landesliste

# Bundestagsabgeordnete

Hinweis:

Das vorläufige Ergebnis beruht auf den Berechnungen des Bundeswahlleiters, bei denen nur die Zweitstimmen in den 298 Wahlkreisen zugrunde gelegt wurden, in denen am 18. September 2005 die Hauptwahl stattgefunden hat. Im Wahlkreis 160 (Dresden I) hat es keine Hauptwahl gegeben hier findet am 2. Oktober 2005 eine Nachwahl statt. Es ist nicht auszuschließen, dass sich durch das Ergebnis dieser Nachwahl Auswirkungen auf die letzten zum Zuge gekommenen Listenplätze in Nordrhein-Westfalen ergeben.

Fischbach, Ingrid Marianne	1957	Lehrerin	Herne	Landesliste
Flosbach, Klaus-Peter	1952	MdB, Wirtschaftsberater	Waldröhl	100 Oberbergischer Kreis
Fritz, Erich G.	1946	MdB, Lehrer	Dortmund	Landesliste
Göhner, Dr. Reinhard	1953	Hauptgeschäftsführer, Rechtsanwalt	Kirchlengern	Landesliste
Gröhe, Hermann	1961	MdB, Rechtsanwalt	Neuss	109 Neuss I
Heinen, Ursula	1965	MdB, Diplom-Volkswirtin	Köln	Landesliste
Herrmann, Jürgen	1962	MdB, Polizeibeamter	Brakel	137 Höxter - Lippe II
Hintze, Peter	1950	Theologe	Wuppertal	Landesliste
Hüppe, Hubert	1956	MdB	Werne	Landesliste
Kampeter, Steffen	1963	Diplom-Volkswirt	Minden	Landesliste
Königshofen, Norbert	1943	MdB, Studiendirektor a. D.	Essen	Landesliste
Krings, Dr. Günter	1969	Jurist	Mönchengladbach	110 Mönchengladbach
Lammert, Dr. Norbert	1948	Diplom-Sozialwissenschaftler	Bochum	Landesliste
Meckelburg, Wolfgang	1949	MdB, Oberstudienrat a. D.	Gelsenkirchen	Landesliste
Merz, Friedrich	1955	Rechtsanwalt	Arnsberg	148 Hochsauerlandkreis
Meyer, Laurenz	1948	Diplom-Volkswirt	Hamm	Landesliste
Mißfelder, Philipp	1979	Student	Recklinghausen	Landesliste
Müller, Hildegard	1967	Diplom-Kauffrau	Düsseldorf	107 Düsseldorf I
Noll, Michaela	1959	MdB, Rechtsanwältin	Haan	105 Mettmann I
Paziorek, Dr. Peter Paul	1948	Rechtsanwalt	Beckum	131 Warendorf
Philipp, Beatrix	1945	MdB, Schulleiterin (z. Z. beurlaubt)	Düsseldorf	Landesliste
Pofalla, Ronald	1959	MdB, Rechtsanwalt	Weeze	113 Kleve
Polenz, Ruprecht	1946	Geschäftsführer	Münster	Landesliste
Rachel, Thomas	1962	MdB	Düren	91 Düren
Röring, Johannes	1959	Staatlich geprüfter Landwirt	Vreden	127 Borken II
Röttgen, Dr. Norbert	1965	MdB, Rechtsanwalt	Königswinter	99 Rhein-Sieg-Kreis II
Schauerte, Hartmut	1944	Rechtsanwalt	Kirchhundem	150 Olpe – Märkischer Kreis I
Schiewerting, Karl Richard Maria	1951	Diözesansekretär	Nottuln	128 Coesfeld – Steinfurt II
Schmidt, Andreas	1956	MdB, Rechtsanwalt	Mülheim an der Ruhr	Landesliste
Schulte-Drügge, Bernhard	1951	Diplom-Ingenieur (agr.)	Möhnesee	147 Soest
Schummer, Uwe	1957	Groß- und Außenhandelskaufmann	Willich	112 Viersen
Spahn, Jens	1980	MdB, Bankkaufmann	Ahaus	125 Steinfurt I - Borken I
Strothmann, Lena	1952	MdB, Damenschneidermeisterin	Gütersloh	Landesliste
Wächter, Gerhard	1946	MdB, Diplom-Volkswirt	Bad Wünnenberg	138 Paderborn
Wimmer, Willy	1943	MdB, Rechtsanwalt	Jüchen	111 Krefeld I - Neuss II
Winkelmeier-Becker, Elisabeth	1962	Richterin am Amtsgericht	Siegburg	98 Rhein-Sieg-Kreis I
Zylajew, Willi	1950	MdB	Hürth	Landesliste

Name	Geburtsjahr	Beruf	Wohnort	Wahlkreis /Landesliste
Bahr, Daniel	1976	Volkswirt, Bankkaufmann	Münster	Landesliste
Essen van, Jörg Ludwig	1947	Oberstaatsanwalt a. D.	Hamm	Landesliste
Flach, Ulrike	1951	Diplom-Übersetzerin	Mülheim an der Ruhr	Landesliste
Fricke, Otto	1965	Rechtsanwalt	Krefeld	Landesliste
Friedhoff, Paul Klemens	1943	Diplom-Ingenieur, Unternehmer	Kleve	Landesliste
Hoyer, Dr. Werner	1951	Diplom-Volkswirt	Köln	Landesliste
Kauch, Michael	1967	Diplom-Volkswirt	Unna	Landesliste
Kopp, Gudrun	1950	MdB	Lage	Landesliste
Müller, Petra	1960	Architektin	Aachen	Landesliste
Parr, Dettel	1942	Realschulrektor	Mettmann	Landesliste
Piltz, Gisela	1964	Rechtsanwältin	Düsseldorf	Landesliste
Schäffler, Frank	1968	Diplom-Betriebswirt	Herford	Landesliste
Schily, Dr. Konrad	1937	Arzt	Witten	Landesliste
Westerwelle, Dr. Guido	1961	Rechtsanwalt	Bonn	Landesliste

Name	Geburtsjahr	Beruf	Wohnort	Wahlkreis /Landesliste
Beck, Volker	1960	Referent	Köln	Landesliste
Gehring, Kai Boris	1977	Diplom-Sozialwissenschaftler	Essen	Landesliste
Haßelmann, Britta	1961	Diplom-Sozialarbeiterin	Bielefeld	Landesliste
Höhn, Bärbel	1952	Diplom-Mathematikerin	Oberhausen	Landesliste
Koczy, Ute Maria Christine	1961	Kulturwissenschaftlerin	Lemgo	Landesliste
Kurth, Markus	1966	Diplom-Politikwissenschaftler	Dortmund	Landesliste
Loske, Dr. Reinhard	1959	Diplom-Volkswirt	Bad Münstereifel	Landesliste
Müller, Kerstin	1963	Volljuristin	Köln	Landesliste
Nachtwei, Winfried	1946	Lehrer	Münster	Landesliste
Schewe-Gerigk, Irmingard	1948	Regierungsangestellte a.D.	Herdecke	Landesliste

Name	Geburtsjahr	Beruf	Wohnort	Wahlkreis /Landesliste
Aydin, Hüseyin-Kenan	1962	Gewerkschaftssekretär	Duisburg	Landesliste
Dagdelen, Sevim	1975	Studentin	Duisburg	Landesliste
Höger-Neuling, Inge	1950	Diplom-Betriebswirtin	Herford	Landesliste
Jelpke, Ursula	1951	Journalistin	Hamburg	Landesliste
Lafontaine, Oskar	1943	Diplom-Physiker	Wallerfangen	Landesliste
Lötzer, Ursula	1950	Gewerkschaftssekretärin	Köln	Landesliste
Schäfer, Paul	1949	Diplom-Soziologe	Köln	Landesliste



14 Abgeordnete



10 Abgeordnete



7 Abgeordnete



Landtag intern warf einen Blick in den nordrhein-westfälischen „Blätterwald“: Die Verwirrung bei Politik und Wahlvolk spiegelt sich auch in den Kommentaren der Journalisten wider.

Foto: Schälte

## Rolle rückwärts nach vier Monaten

### Nach der Landtagswahl hat der Wähler die Karten neu gemischt

*Der Vorhang ist gefallen. Nordrhein-Westfalen hat gewählt und sein Votum für den neuen Bundestag abgegeben. Schon im Mai dieses Jahres hatten die 13 Millionen Wählerinnen und Wähler ihr Kreuz auf dem Stimmzettel gemacht, damals für den Landtag. Erst Landtagswahl, dann Bundestagswahl – was hat sich an Rhein, Ruhr und Weser alles in vier Monaten getan?*

Dazu muss man nur einen Blick in die regionalen Zeitungen werfen. Am Sonntag wurde gewählt, an den folgenden Tagen konnten die Menschen lesen, was sie angerichtet hatten. „Ein einziger Tag hat die Stimmung in der Landespolitik völlig gedreht: Enttäuscht und wütend zugleich laufen CDU-Abgeordnete durch den Landtag, SPD-Politiker lassen wieder ihre Muskeln spielen – und blasen selbstbewusst zum Angriff auf die schwarz-gelbe Regierung unter Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU).“ So formuliert Peter Szymaniak in der *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* (WAZ).

Ein ähnliches Bild zeichnen Heinz Tutt und Günther M. Wiedemann im *Kölner Stadt-Anzeiger* aus der CDU-Wahlkampfzentrale in Düsseldorf: „Statt Partylaune gedrückte Katerstimmung: ‚Das kann doch nicht wahr sein‘, meint ein Wahlkämpfer frustriert, als die ersten Prognosen über den Wahlausgang die Runde machen. Die Union bleibt bundesweit klar unter 40 Prozent, verliert in NRW sogar mehr als zehn Prozentpunkte gegenüber ihrem Landtagswahlsieg vor vier Monaten.“

Detlev Hüwel und Thomas Seim titeln in der *Rheinische Post*: „In NRW wieder alles beim Alten. SPD überraschend stärkste Kraft im Land, CDU enttäuscht über die Ergebnisse. Die Liberalen jubeln über ihre neue Stärke. Grüne zufrieden mit unerwartet hohem Landesresultat.“ Helmut Breuer resümiert ähnliches in *Welt Kompakt*: „Vier Monate nach dem tiefen Sturz

von Rot-Grün bei der Landtagswahl haben die Wähler in NRW völlig überraschend eine politische Rolle rückwärts vollzogen. In einer von keinem Meinungsforscher bemerkten ‚unglaublichen Bewegung‘, so der Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker, wählte sie gestern die tief verunsicherte SPD wieder zur klar stärksten Partei im Land.“

#### AUSWEGE

Wie soll es weitergehen? Auch darüber machen sich die Kommentatoren der in Nordrhein-Westfalen erscheinenden Zeitungen lebhaft Gedanken. „CDU träumt von Jamaika“, ist am 20. September die Schlagzeile auf Seite 1 der WAZ. Das Blatt meint damit eine Schwarz-gelb-grüne Koalition, in jenen Farben also, die der karibische Inselstaat in seiner Fahne trägt. Aber es gibt auch andere Überlegungen. Die *Westdeutsche Zeitung* erkennt Zeichen für Schwarz-gelb-grün: „Schwarze Ampel steht auf Gelb“, macht sie auf Seite 1 der Dienstausgabe auf und fährt fort: „Unions-Kanzlerkandidatin Merkel will mit FDP und Grünen die Möglichkeiten für eine gemeinsame Koalition ausloten. Die FDP schließt diese nicht mehr aus.“

WAZ-Chefredakteur Ulrich Reitz dagegen meint: „Wenn also rote und schwarze Ampel eher unwahrscheinlich sind und falls Schröder

stark genug bleibt, eine große Koalition, die nicht unter seiner Führung steht, gegen die eigenen Genossen zu verhindern, dann bleiben nur: Neuwahlen.“ Nach diesen verwirrenden Feststellungen steht im Moment nur eines fest: „Deutschland steuert nach dem überraschenden Wahlausgang auf eine beispiellos schwierige Regierungsbildung zu“, urteilt die *Westfälische Rundschau* auf ihrer Titelseite.

Da kann dem Wähler schwindelig werden – was hat er angerichtet? Über Nacht die politische Landschaft Nachkriegsdeutschlands umgestürzt? Gemach, meint Chefredakteur Bodo Zapp in der *Westfalenpost*. „Die Bürger, das steht wohl fest, haben sehr bewusst und sehr politisch denkend gewählt. Weiter mit Rot-Grün wollten sie nicht, ein zu großes Übergewicht der Union aber auch nicht. Die FDP hat einen großen Sympathiebonus erhalten und wird nach Lage der Dinge dennoch kein Korrektiv innerhalb einer schwarz-gelben Koalition sein können. Eine große Koalition, von den Spitzenpolitikern zuvor stets als unglückliche Lösung bezeichnet, erscheint den Wählern offensichtlich als eine gar nicht so schlechte Regierungs-Möglichkeit, in der radikale Reformen wenig Chancen haben.“ Das sind Sätze, die nach scheltenden Worten, die man am Wahlabend hier und da gehört haben will, sich wie Balsam auf die Seele von verunsicherten Wählerinnen und Wählern legen.

JK

# SPD fragt nach der Peilung

## Opposition will von Regierung Klarheit über Pläne und Handeln

*Koalitionsfraktionen und Landesregierung werben um die Mitarbeit der Opposition. Im Hauptausschuss unter dem Vorsitz von Werner Jostmeier (CDU) wurde deutlich, dass Schwarz-Gelb in wichtigen Punkten an einem Konsens interessiert ist, etwa bei der Reform des Wahlrechts und der Neueinteilung einiger Wahlkreise, bei der Verwaltungsreform und bei der in der letzten Wahlperiode des Bundestags stecken gebliebenen Föderalismusreform.*

Es gab in der Sitzung am 22. September aber nicht nur pure Harmonie. Bei mehreren Themen forderten SPD und Grüne von der Landesregierung, über Koalitionsvereinbarung und Regierungserklärung hinaus ihre Maßnahmen und Pläne endlich auf den Tisch zu legen, um darüber diskutieren zu können. Aus den Reihen der Koalition kam darauf der Hinweis, in den ersten 100 Tagen der Regierung Rüttgers habe man „schon unglaublich viel auf den Weg gebracht“ – vor allem im Vergleich zu Rot-Grün in der ersten Zeit. Helmut Stahl, Ausschussmitglied und CDU-Fraktionsvorsitzender, weiter: „Wir sind in der Arbeit und es geht gut voran!“

Dem vermochten SPD und Grüne nicht zu folgen. Bei der Debatte um die von der Regierung in der vorangegangenen Sitzung dargelegten Schwerpunkte im innenpolitischen Bereich wollten ihre Sprecher wissen, ob es bei der angekündigten Neueinteilung der Wahlkreise bloß um eine Stadt gehe (Wolfram Kuschke, SPD: „Operation Rütthen?“) oder um eine größere Sache. Hier entgegnete Michael Breuer (CDU), Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, seinem Amtsvorgänger: „Lassen Sie die Kirche im Dorf, Herr Kuschke.“ Bei der Verabschiedung des jüngsten Wahlkreisgesetzes in der vergangenen Wahlperiode hätten alle Fraktionen Nachbesserungsbedarf erkennen lassen.

Das sei eine schwere Geburt gewesen, blickte Sylvia Löhrmann (GRÜNE) zurück. Wann werde dem Ausschuss von der Regierung in dieser Sache etwas zugeleitet, wollte sie wissen. Innenstaatssekretär Karl Peter Brendel (FDP) merkte dazu an, man stehe zu Beginn der laufenden Legislaturperiode nicht unter Druck. Es sei klar, dass Wahlkreisgrenzen und Wahlkreiseinteilung angepasst werden müssten. Das solle im Dialog mit allen Fraktionen rechtzeitig vor der nächsten Landtagswahl in knapp fünf Jahren geschehen.

Die SPD ließ nicht locker. Er verlange auch in Sachen Föderalismusreform Auskunft darüber, wie die Landesregierung das Erreichte bewerte und welche Initiativen sie einzuleiten gedenke. Markus Töns (SPD) erinnerte daran, dass es bei Initiativen in Sachen Föderalismus um größtmögliche Einigkeit innerhalb der Bundesländer für eine gemeinsame Basis gehen müsse. Sylvia Löhrmann (GRÜNE) fokussierte auf den

Bereich Bildung im Geflecht zwischen Bund und Ländern: Da reiche es nicht, den Knoten nur zu beschreiben, sondern man müsse ihn auflösen und zu einer vernünftigen Regelung kommen. Sie sei der Meinung, bei allem Streben nach Kompetenzverlagerung auf die Länder sei nach wie vor ein Instrument der zentralen Steuerung erforderlich, die Kultusministerkonferenz (KMK) sei ihr dafür zu langsam. Die grüne Fraktionschefin: „Bitte überlegen Sie sich etwas Neues.“

den zwischen Land und Kommunen um die Regelung der Aufgabenwahrnehmung im Verwaltungsvollzug. Da gebe es bereits jetzt, etwa bei den Landräten, „erfolgreich arbeitende Mischformen“. Er könne sich vorstellen, fuhr Grosse-Brockhoff fort, dass die geplante Zusammenführung von Bezirksregierungen und Landschaftsverbänden so funktionieren könne. Auch auf diesem Feld wolle man nicht gegen eine andere große Partei zu einer Lösung kommen, erklärte Helmut Stahl (CDU).

Peer Steinbrück (SPD) fand die Auskünfte der Regierungsseite „zu schwammig“. Der frühere Regierungschef: „In der Föderalismusreform müssen Sie doch einen Standpunkt haben.“ Seine Partei stehe einer weitgehenden Kommunalisierung der staatlichen Aufgaben und auch Privatisierungen aufgeschlossen gegenüber. Entscheidend sei die Frage, ob „man die Aufgaben von kommunalen Zweckverbänden in einer Art Holdingkonstruktion mit der mittleren staatlichen Aufgabenebene verschwestern“ könne.

Steinbrück: „Was ist Ihre Peilung?“ JK

### MITTELEBENE

Beim Punkt Verwaltungsmodernisierung kündigte Staatssekretär Brendel noch für dieses Jahr ein Konzept der Landesregierung an. Dabei gehe es nicht, wie beim Föderalismus, um Klärung und Neuverteilung von Gesetzgebungskompetenz, stellte Staatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (CDU) fest, son-

Wichtige Themen auf der Tagesordnung des Hauptausschusses – hier die Sprecherinnen und Sprecher (v.l.): Dr. Gerhard Papke (FDP), Ilka Keller (CDU), Sylvia Löhrmann (GRÜNE) und Wolfram Kuschke (SPD).

Foto: Schälte





Politik ist nicht immer eine bierernste Sache. Das zeigt das Gespräch zwischen Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP, l.) und dem Ausschussvorsitzenden Edgar Moron (SPD, r.).

Foto: Schälte

## „Schnellschüsse wird es nicht geben!“

### Aussprache über Pläne des Innenministers im Bereich Kommunalpolitik

*Anfang September hatte Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform (Vorsitz Edgar Moron, SPD) über die kommunalpolitischen Kernpunkte der künftigen Regierungspolitik informiert. Die jüngste Sitzung nutzte der Ausschuss jetzt zur Aussprache. Die Opposition warf dem Minister vor, er habe konkrete Maßnahmen und Zeitpläne vermissen lassen. Dieser verteidigte seine Pläne mit dem Hinweis darauf, dass die Regierung erst seit 100 Tagen im Amt ist. Zusammen mit den Kommunen arbeite sein Haus derzeit intensiv an tragfähigen und zeitnahen Lösungen. „Schnellschüsse wird es nicht geben!“*

Der Innenminister kündigte an, die Gemeindeordnung modernisieren und die kommunale Selbstverwaltung stärken zu wollen. Konkret bedeute dies, den Bürgerinnen und Bürgern mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten über eine Änderung des kommunalen Wahlrechts einzuräumen. „Wir wollen die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens schaffen“, so der Minister. Des Weiteren sprach er sich dafür aus, Rat und Kreistag auf der einen sowie Bürgermeister und Landräte auf der anderen Seite jeweils eigenständig wählen zu lassen und die Wahlzeit von Bürgermeistern und Landräten auf acht Jahre zu verlängern.

Auch bei der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden und Gemeindeverbände kündigte er eine gesetzliche Neugestaltung an. Ziel sei es, die Gemeinden zur verstärkten kommunalen Kooperation zu ermuntern und die Zusammenarbeit mit privaten Partnern zu unterstützen. Darüber hinaus sagte er zu, sich für eine Gemeindefinanzreform auf Bundesebene einzusetzen und den kommunalen Finanzausgleich durch mehr Transparenz und Gerechtigkeit zu einem „planbaren und sicheren Bestandteil der kommunalen Haushalts- und Finanzplanung zu machen“.

Das Land werde zudem den Bürokratieabbau vorantreiben. Dabei werde man auf

Erfahrungen anderer Länder wie Baden-Württemberg zurückgreifen. Abschließend kündigte er an, „bis zur Mitte der nächsten Legislaturperiode die seit Jahrzehnten diskutierte Verwaltungsstrukturreform endlich in die Tat“ umzusetzen.

#### AMTSZEIT

Hans-Willi Körfges (SPD) zeigte sich enttäuscht über den Bericht des Innenministers. Dieser sei geprägt von „unklaren Formulierungen“ und „offene Fragen“. „Größte Bedenken“ äußerte er hinsichtlich einer Verlängerung der Amtszeit von Oberbürgermeistern auf acht Jahre bei gleichzeitigem Wegfall von Stichwahlen. Es dränge sich der Verdacht auf, dass die Landesregierung ihre eigenen Oberbürgermeister und Landräte auf lange Zeit im Amt halten und gut versorgt wissen möchte, so Körfges.

Mit der Einführung eines neuen Wahlsystems sah er die Gefahr, den Wähler zu überfordern. „Es ist auch nicht geklärt, ob die Bürgerinnen und Bürger dies überhaupt wollen.“ Weiter sei fraglich, wie das für NRW geplante Modell mit Kumulieren und Panaschieren bei gleichzeitiger Beibehaltung der

Ratswahlkreise aussehen soll. Bereitschaft zur konstruktiven Zusammenarbeit signalisierte er beim Thema Verwaltungsreform. Hier gebe es von Seiten der Landesregierung jedoch bislang wenig Konkretes.

Deutliche Kritik auch von Horst Becker (GRÜNE): Der Bericht des Ministers rekapituliere lediglich die Aussagen des Koalitionsvertrags, „ohne jede zusätzliche Ergänzung, ohne konkrete Zeitpläne und ohne jede greifbare Maßnahme“. Die Amtszeitverlängerung der Bürgermeister bezeichnete er als „Machterhaltungsprogramm“ für die CDU-Oberbürgermeister bis 2017. Auch der Anspruch auf finanzielle Versorgung, die ein Bürgermeister künftig bereits nach Ablauf einer Amtszeit erwerben soll, sei in der angedachten Höhe bundesweit „ziemlich einmalig“. Dagegen werde seine Fraktion „massiv Sturm laufen“.

Das Vorhaben der Landesregierung, das Kumulieren und Panaschieren auch in NRW einzuführen, begrüßte Becker hingegen ausdrücklich. „Wir halten es für wünschenswert, wenn die Bürgerinnen und Bürger die Chance haben, noch mal innerhalb der Wahllisten auszuwählen, anstatt diese Entscheidung nur den Parteien zu überlassen“, so Becker.

Rainer Lux (CDU) verteidigte die Pläne des Innenministers. Gleichzeitig wies er den von der Opposition geäußerten Verdacht, in der Frage der Wahlzeitverlängerung für Bürgermeister und Landräte gehe es der Landesregierung hauptsächlich um Versorgungsfragen, als haltlos zurück. Insgesamt habe der Minister in seiner Erklärung das niedergelegt, was der Landtag und der Ausschuss bereits seit Jahren gefordert haben. Auch im Bereich der Verwaltungsreform traue er der Landesregierung zu, „dass sie hier etwas geschickter und vernünftiger vorgeht, als wir das in der vergangenen Wahlperiode erlebt haben“. **ax**

# Der Minister will kämpfen

## Armin Laschet (CDU) stellte die Perspektiven seiner Politik dar

„Der Zusammenhalt der Generationen und das Gelingen der Integration sind für unsere Gesellschaft wichtig“, hat Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) in seiner Regierungserklärung gesagt. Was das genau für die kommenden Jahre in der Praxis bedeutet, erläuterte Armin Laschet (CDU), Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration dem Ausschuss für Generationen, Familie und Integration (Vorsitz Andrea Milz, CDU). Als Leitmotiv diente dem Minister ein Zitat des Philosophen Sir Karl Raimund Popper: „Wir sind jetzt verantwortlich für das, was in der Zukunft geschieht.“

Wichtig war Laschet die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Derzeit habe bereits jeder vierte NRW-Bürger einen Migrationshintergrund. Dieser Trend werde sich noch verstärken. Außerdem würden in Zukunft die Älteren fast die Mehrheit ausmachen, während gerade Migranten häufig kinderreiche Familien hätten. Deswegen sei Integration wichtiger denn je. Dies soll die Verlegung des Solinger Landes-zentrums für Zuwanderung ins Ministerium in Düsseldorf unterstreichen.

### KINDERBETREUUNG

Laschet stellte zwei Bereiche heraus. So soll das Land NRW kinderfreundlicher werden. Bei der Betreuung der unter Dreijährigen stehe NRW mit einer Quote von 2,8 Prozent schlecht da. Ziel der Regierung sei es, diese bis 2010 auf 20 Prozent zu verbessern. „Es muss leichter werden, wieder ‚Ja zum Kind‘ zu sagen.“ In jedem Jugendamtsbezirk werde außerdem ein so genanntes Familienzentrum entstehen. Dort könnten Betreuung und Beratung unter einem Dach zusammengefasst werden.

„Wir werden uns bemühen, auch die Arbeitgeber zur Schaffung von elternfreundlichen Strukturen wie betrieblichen Kindertagesstätten und flexiblen Arbeitszeitmodellen zu motivieren“, ergänzte Marie-Theres Kastner (CDU).

Die Spracherziehung müsse künftig bereits im Kindergarten beginnen, fuhr der Minister fort. „Der Koalitionsvertrag sieht von der Vollendung des vierten Lebensjahrs an bis zum Schulbeginn Sprachtests vor.“ Dadurch würde die zielgerichtete und individuelle Sprachförderung ermöglicht. Der Anspruch: Jeder Schulpflichtige spricht Deutsch.

„Wie sieht es aus mit der Wertigkeit zwischen der Förderung der deutschen Sprache und dem muttersprachlichen Unterricht?“, fragte Britta Altenkamp (SPD). Zweisprachigkeit sei schließlich nicht nur ‚nice to have‘, sondern trage dazu bei, die Chancen am Arbeitsmarkt deutlich zu verbessern. Dies sei Sache der Schulministerin, antwortete der Minister. Jedoch stimmte er der Abgeordneten in ihrer Einschätzung zur Wichtigkeit der zweisprachigen Alphabetisierung zu.

Angesichts der angespannten Haushaltslage konnte Laschet die Aufrechterhaltung des Kinder- und Jugendförderplans des Landes mit

einem Etat von 96 Millionen Euro im Jahr 2006 nicht zusagen. „Ich hoffe jedoch, dass es dabei bleibt, und ich kämpfe dafür“, versprach der Minister.

Der zweite Kernbereich ministerialen Handelns: Der Kampf gegen jegliche Art von Diskriminierung, sei es aufgrund des Alters oder der Herkunft. Dazu müsse zum einen ein neues Bild vom Alter transportiert werden. „Hinter den Rentnerinnen und Rentnern verbirgt sich enorme Kaufkraft“, sagte Laschet. In der Seniorenwirtschaft liege Potenzial für Innovation und Arbeitsplätze. Nicht nur deswegen seien die ältere Generation und ihre Teilnahme am sozialen Leben relevant.

Zum anderen strebe die Landesregierung nach besserer Bildung für Kinder aus Migrantenfamilien. Es müsse darauf geachtet werden, dass auch die Mädchen aus zugewanderten Familien Zugang zu Ausbildung und Studium erhielten.

### SENIOREN

„Die Leitkultur ist unser Grundgesetz und unsere christlich-jüdische Tradition. Daran halten wir fest und machen keine Kompromisse. Diskriminierung von Frauen und Zwangs-heirat sind damit nicht vereinbar“, stellte der Minister fest.

Im Zentrum der Kritik von Andrea Asch (GRÜNE) stand der Begriff der Seniorenwirtschaft, der sie nach eigener Aussage an „Abfallwirtschaft“ denken ließe. „Es ist wichtig, dass Altern positiv wahrgenommen wird, und zwar jenseits aller wirtschaftlicher Instrumentalisierung“, forderte sie. Diese Interpretation des Regierungsprogramms konnte Christian Lindner (FDP) nicht nachvollziehen. „Wir bekennen uns ausdrücklich zum Begriff der Seniorenwirtschaft. In diesem Bereich liegt das Potenzial für 100.000 neue Arbeitsplätze.“ **YV**



20 Bänke für einen guten Zweck – zum Start ihrer Qualifizierungsoffensive „Entspannt modernisieren“ übergab der Fachverband des Tischlerhandwerks NRW die Sitzgelegenheiten an Landtagspräsidentin Regina van Dinker (2.v.r. hintere Reihe). Mit dabei waren Verbandspräsident Alfred Jacobi (rechts neben der Präsidentin) und Hauptgeschäftsführer Dieter Roxlau (vorne rechts). Einen ersten Sitztest unternahmen die Landtagsabgeordneten (v.l.) Reiner Priggen (GRÜNE), Wolfgang Röken (SPD), Hans-Joachim Reck (CDU) und Dietmar Brockes (FDP). Stehend die Abgeordneten Norbert Römer (SPD, hinten links) und Dr. Wilhelm Droste (CDU, Mitte). Die Präsidentin stiftete die Bänke der Stadt Duisburg. Hier sollen sie in gemeinnützigen Einrichtungen wie Kinderheimen ihre endgültige Bestimmung finden.

Foto: Schälte

## +++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 24. Oktober 2005 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Die neue Gruppierung Linkspartei/PDS bleibt auch nach ihrem Abschneiden bei der jüngsten Bundestagswahl unter Beobachtung. Im **Hauptausschuss** (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) erklärte der Leiter des NRW-Verfassungsschutzes, Dr. Hartwig Möller: „Nach wie vor hat die Linkspartei/PDS noch nicht klargestellt, dass und wie sie ihre Ziele im Rahmen des Grundgesetzes erreichen will. An dieser Situation hat sich momentan nichts verändert“. In der Sitzung wies der oberste Verfassungsschützer ergänzend drauf hin, diese linke Gruppierung habe im Vergleich zum Bund in NRW unterdurchschnittlich abgeschnitten. Auf rechtsextremer Seite sei derselbe Effekt festzustellen, die NPD zum Beispiel habe bundesweit ihr schlechtestes Ergebnis erlangt. Der NPD und den Republikanern sei es nur gelungen, ihr Minimalziel zu erreichen, nämlich bei der Wahlkampfkostenerstattung berücksichtigt zu werden.

+++

Mehr Rußpartikelfilter für Busse in NRW. Dieses Ziel eint Regierungs- und Oppositionsfractionen im **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD). Streitig blieb allerdings, welche Rolle hierbei das Land spielen kann. Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) berichtete den Abgeordneten von einer Informationsveranstaltung seines Hauses für Verkehrsverbände und deren Träger. Dort habe man gute Diskussionen geführt und auch einige Dinge in Gang setzen können. Nun, so Wittke, seien allerdings die Kommunen als Träger in der Pflicht. Weitere Fördermittel seitens des Landes stünden nicht zur Verfügung. Über den Vorschlag von Oliver Keymis (GRÜNE), einen Teil der derzeitigen Fördermittel zweckgebunden für die Nachrüstung zu verwenden, wird sich der Ausschuss in einer seiner nächsten Sitzungen

beschäftigen. Wittke erteilte dem jedoch bereits eine Absage.

+++

Der Einrichtung von 100 zusätzlichen Stellen für Auszubildende stimmte jetzt der **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Anke Brunn, SPD) einstimmig zu. Beantragt hatte dies das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales. In dem entsprechenden Antrag heißt es dazu: „Im Hinblick auf die prekäre Lage auf dem Ausbildungsmarkt in NRW hält es das Ressort für unverzichtbar, dass auch das Land seiner Verantwortung gerecht wird und zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten anbietet.“ Auch Finanzminister Dr. Helmut Linsen (CDU) sprach sich dafür aus, dem Antrag stattzugeben.

Dies jedoch

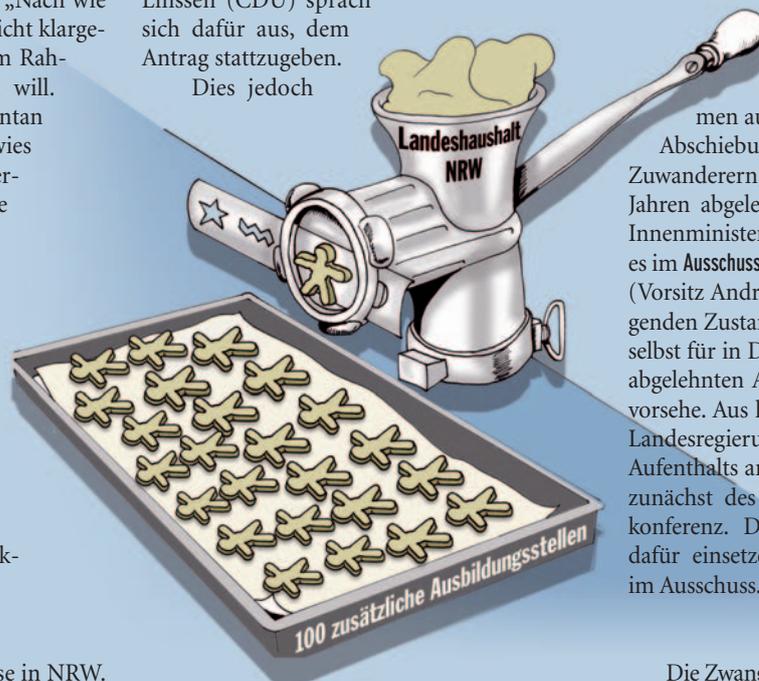


Illustration: h,m

nur unter dem Hinweis, dass die Auszubildenden keinen Anspruch haben, nach Abschluss der Ausbildung in den Landesdienst übernommen zu werden. Für die zusätzlichen Ausbildungsstellen werden 300.000 Euro aus dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt.

+++

Mit dem umstrittenen Neubau von vier Messehallen und einem Kongresszentrum in Köln durch einen privaten Finanzinvestor beschäftigte sich jetzt auch der **Ausschuss für Kommunalpolitik** (Vorsitz Edgar Moron, SPD). In einer von der SPD-Fraktion beantragten Aktuellen Viertelstunde bezog das Innenministerium Stellung zu der Frage, ob die Bezirksregierung Köln von der Stadt Köln in

die Beurteilung der verschiedenen Finanzierungsmodelle involviert worden ist. Dies sei nach Auskunft des Innenministeriums zu keinem Zeitpunkt der Fall gewesen. Vielmehr habe die Bezirksregierung erst nach entsprechenden Presseberichten die kommunalrechtliche Prüfung eingeleitet. Auf Einwand der SPD, das Land sei Mitgesellschafter der Messe und insofern über die Entscheidungsfindung zu informieren gewesen, entgegnete das Ministerium, die Zuständigkeit des Innenministeriums in der Kommunalaufsicht reiche nur bis zur Stadt Köln und nicht bis in die Gremien der Messe selbst. Nach Abschluss der Prüfungen werde man dem Ausschuss Bericht erstatten.

+++

Parteien, Kirchen sowie Stimmen aus der Bevölkerung kritisieren die Abschiebung von weitgehend integrierten Zuwanderern, wenn ihr Asylantrag nach Jahren abgelehnt wird. Der Staatssekretär im Innenministerium Karl Peter Brendel nannte es im **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** (Vorsitz Andrea Milz, CDU) einen unbefriedigenden Zustand, dass das Zuwanderungsgesetz selbst für in Deutschland geborene Kinder von abgelehnten Asylbewerbern keine Ausnahmen vorsehe. Aus humanitären Gründen könne die Landesregierung zwar eine Verlängerung des Aufenthalts anordnen, jedoch bedürfe es dafür zunächst des Beschlusses der Innenministerkonferenz. Die Landesregierung werde sich dafür einsetzen, versprach der Staatssekretär im Ausschuss.

+++

Die Zwangsheirat bei Frauen und Männern, vor allem bei denen mit Migrationshintergrund, muss verhindert werden. Darauf einigten sich die Landesregierung und alle vier Landtagsfraktionen im **Frauenausschuss** (Vorsitz Elke Rühl, CDU). Die von der Opposition gestellten Anträge böten gute Ansätze, wie zum Beispiel die Vermittlung der Sprache und die Aufklärung über die eigenen Rechte. Trotzdem müsse erst eine von der Landesregierung erstellte Studie abgewartet werden, bevor eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit stattfinden könne. Sonst bestünde die Gefahr „eine Gruppe zu diskreditieren und den Dialog zu zerstören“, so Armin Laschet (CDU), Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration. Daraufhin einigten sich alle Fraktionen ein Handlungskonzept zu erstellen, was nach Möglichkeit in einen gemeinsamen Antrag münden soll.

# Schattenhaushalte, Schlaglöcher und stille Reserven

## Finanzausschuss diskutiert über Nachtragshaushalt und 91 neue Stellen in den Ministerien

**584 Millionen Euro weniger in der Kasse, dafür aber ein finanzieller Mehrbedarf von gut 1,63 Milliarden. Macht am Ende ein zusätzliches Loch im Landeshaushalt von 2,2165 Milliarden aus. Die Nettoneuverschuldung steigt damit in eine Höhe von knapp 7,4 Milliarden – 1,42 Milliarden mehr als die Verfassung erlaubt. Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) präsentiert im Haushalts- und Finanzausschuss (Vorsitz Anke Brunn, SPD) vergangene Woche einen Nachtragshaushalt, der es in sich hatte.**

**D**och bevor sich die Abgeordneten an die dicken Brocken machten, beschäftigte den Ausschuss ein finanziell eher kleinerer Posten: Die 91 Stellen, die die Landesregierung vorwiegend in den Leitungsebenen von Staatskanzlei und Ministerien neu einrichten will. Wie das mit der Ankündigung, pro Jahr 1,5 Prozent Stellen in der Landesverwaltung abbauen zu wollen, überein zu bringen sei, kritisierte nicht nur Gisela Walsken (SPD) für die Opposition.

„Künstliche Aufregung“, konterte Volkmar Klein (CDU). Dass man bei einem Wechsel nach 39 Jahren SPD „neue Köpfe mit neuen Ideen vor allem an Vertrauens- und Leitungspositionen“ brauche, fanden Minister Linssen, CDU und FDP „völlig normal“. Das hätten SPD und Grüne 1995 in relativ sogar größerem Umfang getan. Außerdem würden alle neuen durch den Abbau alter Stellen gegenfinanziert: 25 sofort und der Rest über 67 KW-Vermerke,

die spätestens Ende 2010 greifen. Viel zu lange, so der Vorwurf der Opposition. 1995 habe man das bei damals 28 Stellen innerhalb eines halben Jahres geschafft. Die seien lange nicht alle in den beiden neu mit grünen Ministern besetzten Häusern geschaffen worden.

Überaus unterschiedlich interpretierten – erwartungsgemäß – die Fraktionen auch den Nachtrag insgesamt: Während CDU und FDP die ministerielle Sicht der „finanziellen Schlaglöcher“ aus rot-grünen Zeiten stützten, von einer verheerenden Schlussbilanz der alten Regierung sprachen, mutmaßte Martin Börschel (SPD), es gehe hier darum, „die Neuverschuldung jetzt nach oben zu rechnen um später kleinste Erfolge besser zu verkaufen“. Insbesondere die Kapitalzuführungen

an die landeseigenen Tochterunternehmen BLB und BVG kamen Rüdiger Sagel (GRÜNE) „durchaus fragwürdig vor“. Hier, so vermutet die Opposition, würden stille Reserven für Nachwahlgeschenke geschaffen. Minister Linssen und die Regierungsfraktionen sprachen von Schuldentilgung und dem Ende der jahrelangen Praxis von Schuldenverlagerung in Schattenhaushalte.

Im Detail prüfen und diskutieren, war eine der häufigeren Formulierungen dieser Sitzung. Man darf also auf die Debatten nach der offiziellen Einbringung gespannt sein. Mit Verabschiedung des Nachtragshaushaltes ist übrigens die Haushaltssperre erledigt. Die, so Linssen auf Nachfrage, habe ein Sparpotenzial von nur 30 Millionen gehabt. **vok**



Studium der Aktenlage: Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU), flankiert von der Ausschussvorsitzenden Anke Brunn (SPD, r.) und Staatssekretärin Angelika Marienfeld (l.).

Foto: Schälte

## Günther Einert wird 75

### Das Ruder in der Politik mit dem Bootsruder vertauscht

**Er galt in seiner aktiven Zeit als Politiker als „strammer Sozialdemokrat“. Günther Einert feiert am 12. Oktober seinen 75. Geburtstag. Landtagsabgeordneter, Ausschussvorsitzender, Minister für Bundesangelegenheiten und später für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie – dies sind die Stationen eines bewegten Politikerlebens.**

**S**eine politische Karriere begann 1951 mit dem Eintritt in die SPD. Zuvor hatte er eine Ausbildung zum Schlosser gemacht. Es habe für ihn kein politisches „Aha-Erlebnis“ gegeben, seine Mitgliedschaft in der SPD sei eine logische Konsequenz aus seinen Erfahrungen am Arbeitsplatz und im DGB gewesen.

Er studierte von 1953 bis 1958 an der State University in Illinois (USA) und an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, wurde

Diplom-Volkswirt. Mit 34 – auf dem Papier noch Jungsozialist – wurde er 1964 für zehn Jahre Oberbürgermeister der Stadt Iserlohn. Seit 1966 war er Mitglied des Landtags, dies mit einer kurzen Unterbrechung bis 1995.

Nach dem Vorsitz im Landtagsausschuss für Landesplanung und Verwaltungsreform und drei Jahren als parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion war er von 1983 bis 1990 Minister für Bundesangelegen-

heiten. 1990 wurde er Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie; dieses Amt bekleidete er fünf Jahre.

Einert sah Wirtschaftspolitik als eine Aufgabe, die den Ausgleich von Interessen fordert. Der Staat sei seiner Meinung nach weniger für finanzielle Anreize zuständig, als dafür, dass Unternehmer und Investoren auf eine Politik setzen können, die langfristige Perspektiven eröffnet.

„Nüchtern und ohne Selbstüberschätzung“, lautete das Urteil über ihn. Es kam ihm nie auf Beifall von allen Seiten an. Heute lebt der Staatsminister a.D. in Iserlohn und frönt immer noch seinem Hobby, dem Wassersport. Vom körperlich anstrengenden Segeln ist er aufs Motorboot umgestiegen und nimmt am liebsten Binnengewässer in Belgien und Frankreich unter den Kiel. **DS**

CDU

## Erfolgreiche 100-Tage-Bilanz der Regierung Rüttgers

Die Koalition der Erneuerung aus CDU und FDP hat in den ersten Tagen ihrer Amtszeit konsequent damit begonnen, die Koalitionsvereinbarung für ein starkes Nordrhein-Westfalen umzusetzen. „Wir machen nach der Wahl das, was wir vorher versprochen haben“, erklärte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Helmut Stahl. In der Bildungspolitik gibt es bereits erste Erfolge: Die Landesregierung stellte zu Beginn des neuen Schuljahres 1.000 neue Lehrer ein und füllte den Topf für den Vertretungsunterricht mit 20 Millionen Euro auf. Mit der Vorstellung der Eckpunkte zur Einführung von Studienbeiträgen wurde der erste Schritt zu verbesserten Studienbedingungen für alle Studierenden unabhängig von ihrem Einkommen und dem Einkommen ihrer Eltern getan.

Die Überarbeitung des Windenergieerlasses war der erste Ansatz, um die Überförderung der Windkraft in NRW zu beenden und diese in ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Förderung der erneuerbaren Energien einzubetten. Mit der Walsumer Verständigung wurde erreicht, dass die Steinkohleförderung in der Zeche Walsum sozialverträglich eingestellt werden kann – gleichzeitig konnte ein weiteres Versprechen eingelöst werden: „Kein Abbau unter dem Rhein.“ Helmut Stahl: „Die Koalition hat schon in diesen 100 Tagen gezeigt, dass sie entschlossen ist, die Zukunft unseres Landes politisch zu gestalten.“



GRÜNE

## Für eine Enquete-Kommission zu den Auswirkungen der Öl- und Gaspreise

Weltweit ist die Nachfrage nach Öl und Gas stark gestiegen. Dadurch erhöhte sich der Ölpreis von 10 US-Dollar je Barrel 1999 auf aktuell zeitweise über 70. Bereits jetzt sind die Öl- und Gaspreise eine enorme Belastung für die Wirtschaft und Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW.

Dem steht die Endlichkeit der Öl- und Gasvorkommen gegenüber: Experten gehen davon aus, dass die Reserven noch maximal 50 Jahre reichen werden. Steigende Nachfrage und Angebotsverknappung lassen weitere drastische Preissteigerungen und zunehmende Verteilungskämpfe erwarten. Hinzu kommt, dass sich ein Großteil der verbleibenden Ölreserven auf Krisengebiete – zum Beispiel im Nahen Osten – konzentrieren.

Für ein Industrieland wie NRW ist das von erheblicher Bedeutung. Ohne sichere Öl- und Gaslieferungen drohen Strukturbrüche. Das gilt nicht nur für die Strom- und Wärmeerzeugung, sondern auch für die Automobilindustrie, die Petrochemie, den Maschinen- und Anlagenbau und nicht zuletzt für die Landwirtschaft.

Hier liegt aber auch eine Chance: NRW kann sich zum Anbieter innovativer Technologien mit hervorragender Material- und Energieeffizienz sowie für den Ersatz von Öl und Gas entwickeln.

Durch eine „Enquete-Kommission zu den Auswirkungen längerfristig stark steigender Preise von Öl- und Gasimporten auf die Wirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW“ sollen Anknüpfungspunkte für den effektiveren Einsatz und den Ersatz von Gas und Öl entwickelt werden. So sollen der Politik Handlungsoptionen für weitere Planungs- und Entscheidungsprozesse unterbreitet werden.

SPD

## Mieterinteressen müssen Vorrang haben

Vor dem Hintergrund massenhafter Wohnungsverkäufe in Nordrhein-Westfalen hat die SPD-Landtagsfraktion die Absicht der schwarz-gelben Landesregierung scharf kritisiert, den Kündigungsschutz im Land zu verschlechtern. Vor allem CDU-Bauminister Wittke ignoriert völlig die Interessen und Sorgen Hunderttausender Mieter. Die Zahl der Wohnungsverkäufe in NRW ist in jüngster Zeit stark angeschwollen, zuletzt machte der Verkauf von 145.000 Viterra-Wohnungen Schlagzeilen und löste bei den Mietern Sorgen aus, ihre Wohnung an zahlungskräftigere Kundschaft zu verlieren. Diese Angst ist berechtigt: Hinter den neuen Eigentümern stehen oft internationale Kapitalanleger, die nicht lange auf Gewinne warten, sondern mögliche Wertsteigerungen kurzfristig realisieren wollen. Selbstverständlich kann die Politik nicht den Verkauf verhindern, sie kann und muss aber die Mieter vor dem Verlust ihrer Wohnung schützen.

Derzeit schützt die nordrhein-westfälische Kündigungssperrfristverordnung in den Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten bestehende Mietverträge für einen Zeitraum von sechs bis acht Jahren. Würde sie, wie es CDU und FDP wollen, abgeschafft, schrumpfte dieser Zeitraum auf nur noch drei Jahre. Aber gerade dieser Bauminister Wittke sollte als ehemaliger Oberbürgermeister von Gelsenkirchen auf den deutlichen Widerspruch der Mieter und ihrer Verbände hören. Die SPD-Landtagsfraktion wird sich mit allem Nachdruck auch über parlamentarische Initiativen für die Beibehaltung der derzeit geltenden Kündigungssperrfristen beim Wohnungsverkauf einsetzen.

FDP

## Junge Menschen stärker in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen

Anlässlich des Weltkindertages hat der Vize-FDP-Fraktionschef, Christian Lindner, eine kinder- und jugendgerechtere Politik im Land und in den Gemeinden gefordert. „Junge Menschen müssen stärker in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden“, sagt er. Einmal im Jahr solle der Landtag zum Kinderparlament werden: „So hat die nachwachsende Generation die Möglichkeit, ihre Sorgen und Wünsche an die Politik öffentlich wirksam zu artikulieren“, betonte Lindner. Insbesondere die Kommunen seien aber gefordert. Der praktischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie auf kommunaler Ebene betreffenden Entscheidungen komme eine Schlüsselrolle zu. In NRW sollten dafür flächendeckend Kinder- und Jugendparlamente sowie offene oder projektorientierte Beteiligungsformen eingerichtet werden.

Positive Ansätze seien im Land bereits zu sehen, vor allem in kleineren Städten und Gemeinden sei aber das Problembewusstsein gering. Das Land habe die Aufgabe, den Erfahrungsaustausch zwischen Räten, Verwaltungen und Akteuren für junge Menschen zu koordinieren. „Die angemessene und altersgerechte Beteiligung an politischen Prozessen ist nicht nur eine demokratische Aufgabe. Jugendparlamente und andere Beteiligungsformen können viele junge Menschen für politische Bildung erreichen, für die Demokratie gewinnen und sie befähigen, ihre eigenen Interessen selbst zu vertreten. Das unmittelbare Erleben politischer Entscheidungsprozesse kann die Abwendung von der Politik verhindern“, argumentiert der liberale Jugendpolitiker.



## Porträt der Woche: Angela Freimuth (FDP)

Von der Werkbank über die Anwaltskanzlei ins Parlamentspräsidium. Ganz viele Frauen im Politikbetrieb dürfte es nicht geben, die mit gerade einmal 39 Jahren auf eine solch außergewöhnliche Vita verweisen können. Ein sicheres Indiz dafür, dass Angela Freimuth, seit dem 8. Juni Vizepräsidentin des Landtages, ihre Karriere nicht von vornherein zielstrebig auf Düsseldorf hin ausgerichtet hat. Das Ziel ihrer Jugend lag vielmehr ein paar tausend Kilometer weiter westlich in den Vereinigten Staaten von Amerika. Dort leben zwei Brüder ihres Vaters mit ihren Familien. Und dorthin zog es lange auch die junge Angela Freimuth.

Auch um ihre Chancen zu erhöhen, in die USA auswandern zu können, entschied sich die gebürtige und überzeugte Lüdenscheiderin deshalb nach ihrem Abitur 1985 für eine Ausbildung zur Werkzeugmacherin. Gekommen dazu ist es dann zwar nicht, doch die große Liebe sind die Vereinigten Staaten für Angela Freimuth bis heute geblieben. 26 Bundesstaaten hat sie bislang bereist, alle 50 sollen es noch werden.

### BERUFSWEG

Zur FDP und damit auch den Jungen Liberalen, deren erste Ortsvorsitzende in Lüdenscheid sie wurde, stieß Angela Freimuth noch während ihrer Lehre. Für eine Auszubildende in einem Metallberuf eher untypisch. Ausschlaggebend für ihre Entscheidung waren allerdings weder ihre Eltern noch persönliche Vorbilder.

„Es waren vielmehr die programmatischen Grundideen und Werteprioritäten wie Freiheit und Eigenverantwortung, Individualität und Toleranz. Dort fand ich mich am ehesten wieder“, sagt Angela Freimuth im Rückblick: „Und das gilt auch heute noch.“

Ihr Jurastudium absolvierte Angela Freimuth von 1988 an in Bonn. Das Arbeiten in einem freien Beruf passe sehr gut in ihre liberale Philosophie, findet sie. Die Tätigkeit im Bereich Wirtschafts- und Steuerrecht und ein Fachanwaltslehrgang Steuerrecht Ende der neunziger Jahre stellten die Weichen bei ihrem Einstieg in die professionelle Politik. Dieser begann nur ein Jahr darauf mit ihrem Einzug in den Landtag im Jahr 2000. Die FDP war seinerzeit nach fünfjähriger Abstinenz mit 9,8 Prozent mit 24 Abgeordneten in das Landesparlament zurückgekehrt und Angela Freimuth, eine der zahlreichen liberalen Neulinge im Parlament, fand im Haushalts- und Finanzausschuss ihr zentrales Betätigungsfeld.

Mit den Wahlen vom 22. Mai 2005, die ein neues Kapitel in der Landesgeschichte einleiteten, kam die FDP erstmals nach 25 Jahren wieder in Regierungsverantwortung. Und Angela Freimuth, seit Dezember 2002 auch stellvertretende Landesvorsitzende der NRW-FDP, schrieb mit am Koalitionsvertrag, dem Drehbuch der Wende. Bei der Aufstellung des liberalen Personaltableaus trug ihre Fraktion ihr mit der Nominierung zur Stellvertretenden Landtagspräsidentin ein parlamentarisches Spitzenamt an. Eine völlig neue Rolle also, mit der sich

die Politikerin derzeit vertraut zu machen hat. Zu einem Zeitpunkt, da die Arbeit in Partei und Fraktion nicht gerade weniger geworden ist. So ist für sie der Bereich Kultur hinzugekommen und damit ein neues inneres Spannungsverhältnis entstanden: „Der Haushalter wird ja oft als der natürliche Feind des Kulturpolitikers betitelt und umgekehrt“, beschreibt sie umgangssprachlich die auf sie zukommende Situation.

Eine Konfliktlage sieht Angela Freimuth in ihrer Doppelrolle als FDP-Politikerin und zur Neutralität verpflichtetes Präsidiumsmitglied nicht: Kein Landtagsabgeordneter sei ein „politisches Neutrum“ und der sachpolitische, argumentative Streit, so ihr Credo, gehört zur Demokratie dazu: „Allerdings haben wir darüber hinaus eine parteiübergreifende Verpflichtung, insbesondere gegenüber der jungen Generation, die Menschen für Demokratie und Parlamentarismus wieder zu interessieren und wenn möglich zu begeistern.“

**Autor:**  
Michael  
Fritsch



## „Lust auf Zeitung!“

### Vor allem junge Leute sollen für altes Medium interessiert werden

Vor 400 Jahren erschien im damals deutschen Straßburg die erste gedruckte Wochenzeitung der Welt. Dieses Jubiläum ist Anlass für die Ausstellung „Lust auf Zeitung!“ im Düsseldorfer Landtag vom 9. bis zum 27. November.

Das Projekt ist eine Zusammenarbeit des Zeitungsverleger Verbandes NRW mit dem Kurator Hans-Ulrich Nieter, Leiter des Europäischen Zeitungsmuseums in Krefeld. Die Gestaltung der Ausstellung liegt bei fünf Kommunikationsdesign-Studentinnen der Hochschule Niederrhein in Krefeld unter Leitung von Professorin Monika Hagenberg.

Die Besucher der Ausstellung werden im Landtag nicht nur über Geschichte und Entwicklung des Mediums informiert, sondern können auch Kuriositäten wie „Zeitungsenten“ oder die kleinste und größte Zeitung der Welt

bewundern. Ein Ausschnitt aus „Die Presse in der Künstlerkarikatur von Honoré Daumier“ ist einer der Höhepunkte der Ausstellung. Darüber hinaus können die Besucher verschiedene nordrhein-westfälische Zeitungen in einem so genannten „Blätterwald“ kennen lernen und einen Blick in die Zukunft der Zeitung als Online-Version wagen.

Landtagspräsidentin Regina van Dinther hofft, dass sie besonders viele Schülerinnen und Schüler in der Ausstellung begrüßen kann, um die jungen Leute für dieses „alte“ Nachrichtenmedium nachhaltig zu interessieren.

#### LANDTAG INTERN

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinther, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Volontär: Axel Bäumer

Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-23 09 und 884-25 45, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin.

**Nachdruck mit Quellenangabe erbeten**

**Satz/Gestaltung/Layout:**

h<sub>2</sub>m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

**Herstellung und Versand:**

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

**Internet-Adresse:** www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

## Geburtstagsliste

Vom 2. bis 25. Oktober 2005

2.10. Michael Breuer (CDU)	40
4.10. Birgit Fischer (SPD)	52
9.10. Stephan Gatter (SPD)	50
11.10. Dr. Rainer Bovermann (SPD)	48
11.10. Helga Gießelmann (SPD)	56
12.10. Dr. Fritz Behrens (SPD)	57
13.10. Franz-Josef Knieps (CDU)	63
13.10. Wolfgang Schmitz (CDU)	57
23.10. Bernhard Schemmer (CDU)	55
24.10. Reinhold Sendker (CDU)	53
25.10. Carina Gödecke (SPD)	47

**Achim Hermes** heißt der neue Pressesprecher der CDU-Landtagsfraktion. Der 46 Jahre alte Journalist folgt auf **Norbert Neß**, der als Chef vom Dienst in das Presse- und Informationsamt der Landesregierung wechselte. Hermes hat ein Lehramtsstudium der Germanistik und Katholischen Theologie mit dem Ersten Staatsexamen abgeschlossen. 1995 trat er als Redakteur in die Kölner Lokalredaktion der „Kölnische Rundschau“ ein, drei Jahre später übernahm er die Leitung der Lokalredaktion dieser Zeitung in Bergheim. Viereinhalb Jahre war Achim Hermes zuvor beim Landschaftsverband Rheinland in Köln, wo er das Presseamt leitete. Hermes ist verheiratet und hat zwei Söhne im Alter von neun und fünf Jahren.

**Dr. Stefan Berger** (CDU) und **Ulrike Apel-Haefs** (SPD) wurden vom Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie in das Kuratorium der Heinrich-Hertz-Stiftung bestellt. Zu ihren Stellvertretern wurden **Jürgen Hollstein** (CDU) und **Heike Gebhard** (SPD) ernannt. Die Heinrich-Hertz-Stiftung ist eine Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie fördert die Wissenschaft durch den internationalen Austausch von Hochschullehrern und sonstigen Wissenschaftlern, von wissenschaftlichen Nachwuchskräften und besonders qualifizierten Studenten durch die Vergabe von Stipendien.

**Angelika Rüttgers**, Ehefrau des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten, ist im kommenden Jahr Schirmherrin des „Preises für die Rechte des Kindes“. Dieser vom Westdeutschen Rundfunk ins Leben gerufene Preis will Initiativen und Einrichtungen ermutigen, die „die Kinderrechte in NRW vorbildlich und unkonventionell umsetzen“. Bis Ende März kommenden Jahres können sich Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen bewerben. Die 16-köpfige Jury besteht zur Hälfte aus Kindern. Bei der Vorstellung des Preises für 2006 im Landtag betonte Angelika Rüttgers, selbst dreifache Mutter: „Kinder haben von Anfang an das Recht, dass ihnen zugehört wird und ihnen Aufmerksamkeit geschenkt wird. Aber das haben wir Erwachsenen verlernt“.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



### Blauer Himmel ...

... und strahlender Sonnenschein lockten mehr als 100.000 Besucherinnen und Besucher anlässlich des 51. Weltkindertages zum großen Kinderfest an die Düsseldorfer Rheinuferpromenade. UNICEF, die Stadt Düsseldorf und der Landtag hatten dazu eingeladen. Während viele Kinder die milden Temperaturen als Einladung verstanden, um sich bei Spiel- und Sportangeboten auf der Landtagswiese auszutoben, nutzten rund 4.000 Gäste die Möglichkeit, einen Blick in das Parlamentsgebäude samt Plenarsaal zu werfen. Am Nachmittag ging Landtagspräsidentin Regina van Dithier (r.) zusammen mit dem Kinderbuch-Hasen Felix und 300 Kindern an Bord eines Rhein-Ausflugsschiffes, um von dort 300 Flaschen als Flaschenpost zu Wasser zu lassen. Sie enthielten die Wünsche, Sorgen und Hoffnungen der Kinder zum Weltkindertag. Bei der Spendsammlung im Landtag kam ein Erlös von 540 Euro zusammen. Das Geld fließt in ein UNICEF-Schulprojekt in Afrika.  
Foto: Langenscheid